

gratis!

# revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 88

Febr./März 2018



**RWLE Möller - Künstler 1952-2001**

# INHALT

... sich ironisch über den Kapitalismus äußern	
RWLE Möller: Provinz & Politik	3
Gibt es Kita-Speisepläne ohne Schweinefleisch?	
Zur Politik der AfD in Rat und Kreistag	6
Jugendhilfe an den Kreis – billiger wird's nicht	
Nigge und Wiswe täuschen Öffentlichkeit	8
Kreistag gegen gymnasiale Oberstufe an IGS	
Pädagogisches Konzept gefährdet	9
Teilerfolg in Sachen Schulbücher und Arbeitshefte	
Weiter hungern für die Bildung	12
Reine Neugier ist kein geeigneter Maßstab	
Medien halten wenig vom Pressekodex	13
Meldungen	14
Laternen: „Gebt der Politik das Kommando“	16
Internationaler ethecon Black Planet Award 2017	
And the winner is: Rheinmetall	18
Neue Zeiten im bbk – 71. Jahresausstellung	21
Mach Dich vom Acker, Alter!* Oder was?	
Leserbrief von Oskar Ansell	22
Vom Asterisk und anderen Missverständnissen	
Kein Asterix der Sprachkritik	24
Veranstaltungsreihe zu Sinti und Roma	
75 Jahre Auschwitz-Erlass	25
Veranst. zu Lifeline: Seenotrettung im Mittelmeer	27
Über die Lage der Menschenrechte in Afghanistan	
Rückkehrer werden als Gegner gesehen	28
Veranstaltungen, Bücher, Kino	ab 30



Hallo werte Leser\*innenschaft,

seit dem 1. Februar ist Celle ein bisschen weniger Stadt – das Rio's ist zu. Wir haben es zuletzt immer frühstückend für unsere Schlussredaktion genutzt. Jetzt sind wir HEIMATLOS. Wir wünschen Bernd, Dawn und Oliver erst einmal eine erholsame Zwischenetappe & hoffen darauf, dass sie irgendwie und irgendwann (in möglichst naher Zukunft) ihr gastronomisches Geschick wieder zum Tragen bringen.

Das irgendwie Tragische bleibt der Grund: eine gegenläufige Straßenführung im Nordwall, die nicht nur gänzlich überflüssig ist, sondern auch städteplanerisch völliger Quatsch. Um der Wahrheit willen sei hier angeführt, dass auch die Ratsfraktionen von SPD und Bündnis '90/Die Grünen diese Idee bis heute toll finden & so ihren Anteil daran haben, dass das Rio's dicht machen muss.

Öffentlich bedanken möchten wir uns bei der Kegelgruppe, die uns Ende letzten Jahres 100 Euro aus ihrer Kasse spendete – was wir zur Nachahmung empfehlen.

Eure revista

Auf der Titelseite: RWLE Möller, Celle am 4.6.1982, 1988 - Öl auf Leinwand, 100 x 100 cm - RWLE Möller Stiftung



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle  
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>  
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,  
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)  
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,  
 Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock

## ... sich ironisch über den Kapitalismus äußern

Noch bis August 2018 zeichnet eine Ausstellung im Bomann-Museum erstmals und umfassend Leben und Werk von RWLE Möller nach. Als „Stadtchronist, Paradiesvogel, Künstler“ zeigt ihn auch der umfangreiche Begleitband.

„Bist Du ein Provinz-Heini?“ wurde RWLE Möller vor 20 Jahren für das Celler Alternativblatt PUBLIZ gefragt. Seine Antwort: „Wenn man es so bezeichnen will, dass man an dem Ort, wo man gerade mal sitzt, sich auch engagiert, bin ich sicherlich ein Provinz-Heini, aber ich denke schon, dass ich mit meiner Literatur und Malerei überall fester verwurzelt bin als in dieser Stadt.“ Genau dieses Spannungsverhältnis wird in der Ausstellung deutlich. Wir wollen uns im Folgenden aber mit dem „Provinz-Heini“ beschäftigen – und zwar mit seinem im engeren Sinn politischen Engagement.

Über eine Erfahrung in Sachen „Meinungsfreiheit“ berichtete Möller in der Schülerzeitung „bi“ im Jahr 1971 unter dem Titel „unzensiertes schwarzes Brett“:

„Vielleicht haben einige von euch im Kunsttrakt ein „Unzensiertes Schwarzes Brett“ gesehen. Das stand aber nur ein paar Tage dort, dann wurde es auf Anweisung des Direktors zur Wand gedreht. In einem Gespräch mit ihm erfuhr ich, daß er den Eindruck vermeiden wolle, es würde in dieser Schule (von ihm) zensiert. Er warf mir vor, daß wir die „95prozentige Meinungsfreiheit“, die uns gewährt würde, nicht zu würdigen wissen, sondern die „5 %“, die wir nicht hätten, zu einem Politikum „aufbauschen“ würden. Er persönlich behielt sich vor, gewisse Dinge zu zensieren, bei denen er mit der Elternschaft, der er verantwortlich sei, konform ginge. Ich bot dann freiwillig an, das unzensierte schwarze Brett zu entfernen, da sein Zweck erfüllt war, nämlich zu zeigen, daß Meinungsfreiheit in dieser Schule nicht garantiert ist.“ (R. Möller, aus: bi/3, S 5.)

Im Juli 1971 war Möller als Vertreter ebendieser Schülerzeitung in das hannoversche Kultusministerium eingeladen, wo er von Minister von Oertzen den Preis für die beste Schülerzeitung des Jahres 1970 erhalten sollte. Parallel war gerade eine neue Ausgabe beim Verlag der CZ zum Druck eingereicht. Doch Verleger Georg Pfingsten wies den Druckauftrag zurück und schrieb an von Oertzen: „... erlaube ich mir, Sie davon zu unterrichten, daß die ähnliche Crew, die lt. Impressum auch für die „bi II“ verantwortlich zeichnet, ein neues Heft „bi III“ herauszubringen beabsichtigt mit einer Sonderbeilage „Über eine notwendige Veränderung unserer Einstellung zur Sexualität“. [...] In Anbetracht der obwaltenden Umstände kann ich - und nicht nur ich - mir nicht vorstellen, daß Sie diese Belobigung des Chefredakteurs vornehmen, denn das könnte sonst möglicherweise zu einem Skandal in Celle und darüber hinaus führen.“

Dem Elternratsvorsitzenden des HBG, Karl Heinz Gesemann, wurde - von wem wohl - die noch nicht erschienene Ausgabe der "bi" zugespielt. Er wandte sich an den Schulleiter, Dr. Heinrich Thomas: „Grundsätzlich habe ich den Eindruck, daß sich die verantwortliche Redaktionsgruppe Anarchie auf allen Gebieten zum Ziel gesetzt hat. [...] Den Beitrag von R. Möller auf Seite 5 „Unzensiertes schwarzes Brett“ betrachte ich als Frechheit gegenüber dem Direktor des HBG, der in der Vorstellung der Elternschaft nun einmal für den Bereich Schule verantwortlich ist. Kein Direktor, der den Schulbetrieb ordnungsgemäß durchführen will, kommt darum herum, Grenzen zu setzen und für die Einhaltung der Grenzen zu sorgen. Die untere Darstellung auf Seite 18 der Bibli-schen Geschichte (I) „Pattex klebt mit Superkraft“ (Jesus am Kreuz) zielt auf eine Verunglimpfung der Kirche.“

Selbstverständlich kommt Gesemann auch auf das „Thema Sexualität“: „Diese Beilage ist nach Aufmachung, Sprache und Abbildungen ein ganz übles Underground-Machwerk, über das die Elternschaft entsetzt sein würde, falls es ihr in die Hände käme.“

Diese scharfe Reaktion kann aus heutiger Sicht überraschen. Aber: Sex und (antiautoritäre) Politik waren in den späten 1960er Jahren Felder, auf denen sich der Konflikt von Heranwachsenden und Schule abspielte.



Schaut man/frau sich heute die 24-seitige Beilage der "bi" des Jahres 1971 an, findet man das Gegenteil von Pornografie und höchstens eine Prise Provokation. Es ist eine sozialpsychologische Auseinandersetzung mit dem Thema "Jugend und Sexualität", für die es an den meisten Unis einen Hauptseminarschein gegeben hätte.

Selbstverständlich verhängte der Direktor des HBG ein Verkaufsverbot. Die Redaktion entschloss sich daraufhin zum Straßenverkauf. In einer größeren Stadt wäre es das wahrscheinlich gewesen. In der kleinen untersagte das Ordnungsamt mündlich den Straßenverkauf und die CZ machte am 27. Juli 1971 ihre Drohung wahr und fragte scheinheilig „Bahnt sich in Celle ein Skandal an?“, um dann weiter zu titeln „Pornographie als Schülerzeitung getarnt“. Das „Pamphlet“ sei geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Am Ende des Artikels werden namentlich alle verantwortlichen Redakteure aufgeführt. Heute fast ein "Who's who" der Generation.

Im September ermittelte die Polizei. Zwei Redakteure wurden vorgeladen. Die Vernehmungen bezogen sich – so Möller später – auf Gotteslästerung, Planung der Weitergabe unzüchtiger Schriften an Minderjährige und Boykotthetze. Das Verfahren wurde eingestellt.

Das Ganze war ein Lehrstück in Sachen Meinungs- und Kunstfreiheit und hatte in der Provinz seine besondere Seite darin, dass sich niemand fand – weder aus den Reihen der SPD, noch der Gewerkschaften oder des Lehrkörpers, die/der sich öffentlich solidarisch auf die Seite der Schülerzeitungsredakteure geschlagen hätte.

Nach dem Abitur verbrachte Möller drei Jahre in Berlin. Nach Celle zurückgekehrt fand er eine ernüchternde Situation vor. Von den antiautoritären Milieus seiner



Schulzeit waren nur eher unpolitische Ausläufer der Hippie-Bewegung geblieben, während autoritär strukturierte Gruppen der ML-Parteien und der DKP den linken Ton angaben. Das änderte sich erst Ende der 1970er Jahre, als die autonome Frauenbewegung und die Initiativen der Anti-AKW-Bewegung Anlaufpunkte für emanzipative Orientierungen boten.

Zu diesen Milieus fand Möller dann über seine (freie) Mitarbeit an der Alternativzeitung „Celler Zündel“ einen Zugang. Die fünfte Ausgabe vom September 1981 zeigt auf der Rückseite ein Foto seines Bildes „Die Einführung des Kabelfernsehens“ (siehe unten links) und veröffentlicht wurde der Auftakt eines zweiteiligen Artikels zu Celles jüngerer Stadtentwicklung. Darin entfaltete er eine scharfsinnige Kritik gegen die Zurichtung der (Alt-)Stadt auf den Konsum. Daneben ging es u.a. auch um den Abriss von Fabrikgebäuden der Gründerzeit. Im Sound der kritischen Theorie schreibt Möller: „Es mutet seltsam an, daß gerade in einer Zeit der Hyperindustrialisierung der Beginn ebendieser weggewischt wird wie eine lästige Erinnerung. Es mutet an, als müsse man sich für die Produktionsstätten der Waren schämen und sie verstecken, um diese dann als vom Himmel gefallene Produkte in als Einzelhandelsläden getarnten Geschäften vorzuzeigen. Das Abtun dieser Gründerzeit- und älteren Gebäude als häßlich und das Stadtbild störend erweist sich hier als pervers, wenn noch größere und als Produktionsstätten ebenso unmenschliche Gebäude an der Peripherie der Stadt neu erstellt werden.“ (Celler Zündel, Nr. 5, Sept. 1981, S. 20)

Möller schrieb seitdem immer wieder für die alternativen Szeneblätter – nach dem „Zündel“ für die „Schlaglichter“, die „Celleschen Anzeigen“, „Publiz“ und „revista“. Und er hielt ihnen die Treue, auch nachdem sich für ihn Veröffentlichungsmöglichkeiten (mit Zeilenhonorar) in der CZ und anderen auflagenstärkeren Magazinen ergeben hatten.

Im eingangs erwähnten Interview kommt Möller darauf zu sprechen, warum er seine Malerei „Ironischer Realismus“ nennt:

„Meine Art Malerei ist halt realistisch, nicht fotorealistisch – den Anspruch hatt' ich auch mal – allein ein Foto zu übertragen bringt nichts, das kann man ja auch als Poster oder auf Leinwand drucken. Aber nochmal kurz - der ironische Realismus ist für mich auch der Kapitalistische Realismus, weil mir der Sozialistische Realismus - obwohl ich Sozialist war - zu brav angepaßt und mir der Kapitalistische Realismus, also die Pop-Art doch angebrachter erschien in diesem unseren Lande und ich denke, das habe ich auch noch beibehalten. Man kann natürlich nur in dieser Welt sitzen und sich ironisch über den Kapitalismus äußern. Mehr denn je.“

Wichtig für die Entwicklung dieses Stils war auch die Auseinandersetzung mit der Celler Stadtpolitik – oder besser: deren Eliten, die Möller in den frühen 1980er Jahren aufs Korn nahm: Oberbürgermeister Helmuth Hörstmann, Verleger Georg Pffingsten, CZ-Redakteur



Walter Zusan. In seinem Beitrag für den Ausstellungskatalog „Die Desaster des Friedens“ hat Reinhard Rohde diesen Werkausschnitt ausführlich gewürdigt.

Sich an dem Ort, wo man gerade sitzt, mit Geschichte und Gegenwart auseinanderzusetzen, wurde in den 1980er und 1990er Jahren für Möller zunehmend wichtig. Dazu gehörte das „Celle-Lexikon“ (1987) (das Foto oben zeigt die Pressepräsentation in Möllers Wohnung mit den damaligen Chef\*innen der Buchhandlungen) und der in hoher Auflage verbreitete „Antifaschistische Stadtplan“ (1988). Sich einer Stadt über einen alphabetisch sortierten Zettelkasten zu nähern, war ein so ungewöhnlicher Zugang, dass man auch ihn unter die Rubrik „ironischer Realismus“ einordnen könnte. Empörung löste in manchen Kreisen aus, dass im Buch Funktionsträger\*innen der NSDAP namentlich genannt wurden. Der „Antifaschistische Stadtplan“ setzte dann das seinerzeit noch spärliche Wissen um die Lokalgeschichte des Nationalsozialismus einer Weise um, die in ihrer Verknüpfung von Topografie und Quellenauszügen auch unterrichts-tauglich war.

Wie andere sich in den Initiativen der Ökologie-, Friedens- und AntiFa-Bewegung betätigten, organisierte Möller verschiedenen Schwulen-Initiativen in Celle.

Zum politischen Aktivist im engeren Sinn wurde Möller über sein Engagement für die Kulturhausinitiative und danach die Initiative-Naafi-Kulturzentrum (INK). In beiden Fällen ging es darum, Freiräume für Kunst & Kultur zu schaffen, wobei lange – und vergeblich – das ehemalige NAAFI-Gebäude am Neumarkt das Objekt der Begierde war. In beiden Initiativen war Möller fast unverzichtbar, weil er nicht nur Ideen hatte, sondern auch bereit war, diese anpackend umzusetzen – und zusätzlich noch die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren. Am Ende war es zu Teilen auch seiner politischen Erfahrung und Sturheit zu verdanken, dass die INK sich nicht auflöste und im Jahr 1996 das Bunte Haus als sozio-kulturelles (Jugend-)Zentrum der Stadt abgerungen werden konnte.

Möller war von Jugend an Teil der unabhängigen Linken, unabhängig im Sinne von nicht parteigebunden. Der politische Wertehorizont war klar markiert durch Antimilitarismus und Antifaschismus, wie Tim Wegener in sei-

nem Katalogbeitrag „Mit malerischer Kamera. Geschichte in Bildern“ aufzeigt.

Für viele kam es überraschend, dass sich Möller im Jahr 1998 der PDS anschloss und bis kurz vor seinem Tod den Aufbau des Kreisverbands betrieb. Formal hielt er sich zwar als Beisitzer bzw. „gleichberechtigter Sprecher“ im Kreisvorstand zurück, aber angesichts der überwiegend jungen Gründungsmitglieder war er es, der die PDS öffentlich nach außen vertrat. Im Juni 1999 zog Felekna Uca aus dem Celler Kreisverband angesichts eines guten Ergebnisses von bundesweit 6 % (in Stadt und Landkreis Celle 1,1 %) überraschend ins Europaparlament ein. Im Nachhinein betrachtet hat es der PDS in Celle nicht gut getan. Statt eines basisorientierten Aufbaus wurde fix ein Parteibüro angemietet und dort seitens Felekna eine gänzlich unpolitische Bürokratie eingesetzt. Die Arbeit vor Ort blieb so weitgehend an Möller hängen. Für Mitglieder und Sympathisanten erstellte er regelmäßig die „ParteiDePesche“, ein vierseitige Blatt im Din A5-Format, in dem er sich u.a. mit seinen „Lieblingsthemen“ beschäftigte: Stadtentwicklung, Antimilitarismus und Schwulenemanzipation.

Wie wichtig er für die Partei war, wurde spätestens nach seinem Tod deutlich. Der neu gewählte Kreisvorstand versammelte die fristgerechte Einreichung der Unterlagen zur Kommunalwahl um neun Minuten. Das wäre dann jener Teil des Provinziellen gewesen, den der „Provinz-Heini“ sich sein Leben lang weitmöglichst vom Hals gehalten hat.

Wir haben uns auf einen Abriss der politischen Aktivitäten Möllers beschränkt, weil alles andere im Katalog zur Ausstellung nachzulesen und zu -schauen ist.

Der Katalog gibt einen umfassenden Überblick über das Leben und Wirken des Künstlers und Stadtchronisten RWLE Möller. Auf 296 Seiten beschreiben und analysieren Oskar Ansell, Hans-Eberhard Happel, Jasmin-Bianca Hartmann, Wolfgang Hestermann, Joachim Kersten, Rainer Marwedel, Peter Raabe, Bernd Rauschenbach, Reinhard Rohde, Tim Wegener unterschiedliche Werkausschnitte, skizzieren ihre Sicht auf den Künstler als Freund oder beziehen sich wie Rauschenbach mit einem literarischen "Totengrundgespräch" zwischen Frank Zappa und Arno Schmidt, den beiden Protagonisten auf RWLE Möllers Gemälde "Totengrund oder Ich bin ein Heidediener, Blattanbeter, Windverehrer" von 1985 (das übrigens die Titelseite unserer Ausgabe 48 aus dem Jahr 2010 zierte).

Der von Jasmin-Bianca Hartmann herausgegebene Band ist im Celler Buchhandel und im Bomann-Museum erhältlich. Er kostet 28 Euro.



## Gibt es Kita-Speisepläne ohne Schweinefleisch?

Seit gut einem Jahr sitzen Abgeordnete der AfD im Celler Kreistag und Stadtrat sowie in den Räten von Bergen, Hambühren und Winsen. Was sie dort seitdem treiben, wollen wir im folgenden an ihrer Politik im Stadtrat und im Kreistag darstellen.

Die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Celle macht eigentlich das, was ihre Wähler\*innen erwarten durften: Sie kritisieren die Asylpolitik, sorgen sich um die öffentliche Sicherheit und stehen für die Schweinefleischquote im Kindergarten. Das alles wäre zu ertragen, würden nicht der bürgerliche Block und Oberbürgermeister Jörg Nigge die AfD so schamlos als Mehrheitsbeschafferin nutzen.

Im neu gewählten Rat hat der bürgerliche Block aus CDU, FDP und Unabhängigen 19 Stimmen plus die des Oberbürgermeisters. Bei 43 Ratsmitgliedern wären für eine Mehrheit aber 22 Stimmen erforderlich.

### Mehrheiten von Gnaden der AfD

Schon in der konstituierenden Ratssitzung hatten CDU, Unabhängige und FDP kein Problem damit, ihre Kandidaten mit Hilfe der AfD durchzubringen. So hätte es für den Ratsvorsitzenden Joachim Falkenhagen (FDP) nicht gereicht - erst die vier Stimmen der AfD brachten ihm die erforderliche Mehrheit. Bei den Wahlen zu den drei ehrenamtlichen Bürgermeistern wurde Heiko Gevers (CDU) mit den Stimmen der AfD gewählt. Jörg Rodenwaldt (SPD) erhielt 22 Stimmen, wobei unklar ist, wer von der rechten Seite Rodenwaldt die Stimme gab. Bei Iris Fiss (Unabhängige) wurde es dann wieder deutlich. Sie wurde mit 23 Stimmen und einer Gegenstimme gewählt. Die Abgeordneten von SPD, B'90/Die Grünen, WG, Partei, BSG und Die Linke hatten vorher den Raum verlassen, um die Abhängigkeit der Wahl von den Stimmen der AfD deutlich werden zu lassen.

Das Erstaunliche: Dem bürgerlichen Block ist nicht einmal zu unterstellen, dass es Absprachen mit der AfD gab; man ließ es einfach laufen unter dem Motto:



Schau'n wir mal. Und so ging es einfach weiter bis zur Verabschiedung des Haushalts 2018 im Dezember. Offensichtlich unternahmen weder die CDU noch der Oberbürgermeister auch nur die geringste Anstrengung, vor der Abstimmung eine Mehrheit für den Haushalt zu zimmern. Normal wäre gewesen, sich mit den anderen Fraktionen darüber zu unterhalten, unter welchen Voraussetzungen sie bereit wären, dem Haushalt zuzustimmen. D.h., man hätte hier und da Zugeständnisse bei Investitionen oder Sparmaßnahmen machen müssen. Aber so stand man auf einmal da und hatte keine Mehrheit.

Und hier kam die AfD-Fraktion ins Spiel. Sie hatte zwar eindeutig verkündet, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Aber dann verhalf sie einem CDU-Antrag auf geheime Abstimmung zur Mehrheit. Und in dieser geheimen Abstimmung gab es dann die erforderliche Mehrheit (21 von 41 Anwesenden, zwei SPD-Mitglieder fehlten) - entweder aus den Reihen der AfD oder von Seiten der SPD. Unterm Strich aber war es das Abstimmungsverhalten der AfD, das dem bürgerlichen Block und ihrem Oberbürgermeister zu einer Mehrheit verhalf.

### Mit Schwein das Abendland retten

Im Stadtrat versuchte die AfD mit Anträgen und Anfragen, eine völkische Duftnote zu hinterlassen. So gab es vier Anfragen rund ums Thema Zuwanderung und Asyl. Im Bereich innere Sicherheit gab es eine Anfrage zu „illegaler Graffiti“ und eine weitere zum Thema, ob die Stadt „linke Projekte“ finanziell fördern würde. Die Antworten der Verwaltung ließen eine weitere „Skandalisierung“ der jeweiligen Themen durch die AfD nicht zu.

Weiter interessierte der Speiseplan von Kitas und Schulen hinsichtlich der Rettung des Abendlandes. Die AfD fragte: „Gibt es in Celle Kitas und Grundschulen, die auf Schweinefleisch im Speiseplan vollständig oder teilweise verzichten haben? [...] Nach welcher Rechtsgrundlage wird ggf. Schweinefleisch in Kitas und Schulen für alle Kinder verboten oder vorenthalten?“ Hierzu liegt noch keine Antwort vor.

Voll auf FDP-Linie zeigte sich die AfD hinsichtlich der Frage der Aufhebung von Schulbezirken für die Grundschulen. Gemäß dem Motto „Kurze Wege für kurze Beine“ gibt es in der Stadt eine Verordnung die eine wohnortnahe Beschulung im Grundschulalter anstrebt. Von der AfD wurde dies als Ärgernis skandalisiert, weil Kinder so z.B. gezwungen würden auf die Hehlentorschule zu gehen, wo ihnen „klassenübergreifendes Lernen“ und der Verzicht auf Noten zugemutet würde. Im Fachausschuss musste sich die AfD dann anhören, dass alles im Rahmen der Gesetze verlaufe und eine Aufhebung der Schulbezirke nicht angebracht sei.

Was die AfD mit ihren Anträgen und Anfragen in vie-

len Fällen aber schaffte, war der Weg in die Öffentlichkeit der Lokalzeitung oder der Internetportale. Und genau darum geht's ja eigentlich, will man das Ressentiment der völkisch autoritätsgebunden Fangemeinde anheizen.

Wie auch im Kreistag (siehe unten) setzt sich die AfD dafür ein, dass Ratssitzungen live im Internet übertragen werden. Dabei scheint sie nicht zu stören, dass die Beiträge ihres aus der Sowjetunion zugewanderten Fraktionsvorsitzenden Trenkenschu (und soviel Lästerei sei ausnahmsweise erlaubt) nicht wirklich verständlich sind.

## 29.700 Euro und eine Europaflagge

Im Kreistag schaffte es die AfD mit fünf Abgeordneten innerhalb eines Jahres immerhin drei Anträge zu stellen, wovon einer erfolgreich war: Sie wollte, dass der Kreistagssaal während der Sitzungen mit Flaggen der Bundesrepublik, des Landes Niedersachsen und des Landkreises Celle bestückt wird. Landrat Wiswe machte den Hasen („*Ick bün all hier*“) und verkündete, bereits vier Flaggenständer in Auftrag gegeben zu haben. Als kleines Ärgernis für die AfD-Fraktion soll zusätzlich zu den beantragten Flaggen auch die Europa-Flagge aufgestellt werden. Gescheitert war die Fraktion mit ihrem Antrag, dass der Kreis als freiwillige Leistung die Kosten für die entgeltliche Ausleihe von Lernmitteln übernehmen sollte. Wer jetzt denkt, die AfD habe ein Herz für einkommensschwache Familien irrt, denn: Leistungsempfänger\*innen nach dem SGB II und XII sowie dem Asylbewerberleistungsgesetz sind sowieso gebührenbefreit. (Trotzdem wäre nichts gegen eine Lernmittelfreiheit für alle einzuwenden.)

Noch nicht entschieden ist über den Antrag der AfD-Fraktion, Kreistagssitzungen live im Internet übertragen zu lassen. Vielleicht wäre ihr inzwischen sogar recht, wenn dieser Antrag keine Mehrheit findet. Denn: In den sechs Kreistagssitzungen vom November 2016 bis November 2017 äußerten sich einzig die AfD-Abgeordneten Pillibeit, als er sich für die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen aussprach, und Ehrhorn, der bekanntgab, dass die AfD-Abgeordneten zum Thema Wolf nach ihrem Gewissen entscheiden würden. Das war's.

Für die AfD-Abgeordneten ist es trotzdem ein einträgliches Geschäft. Das Kreistagsmitglied Ehrhorn verbrachte insgesamt rund acht Stunden in Kreistagssitzungen und leitete als Vorsitzender einmal die Sitzung des Feuerschutzausschusses. Die Aufwandsentschädigung für den einfachen Abgeordneten beträgt 300 Euro im Monat – Stundenlohn also etwa 150 Euro. Sabine Rotermond bekommt als Kreisausschussmitglied noch einmal 300 Euro monatlich und der Fraktionsvorsitzende Jens-Christoph Brockmann monatlich 375 Euro zusätzlich. Insgesamt bekommen die sechs Fraktionsmitglieder 29700 Euro im Jahr, ohne Berücksichtigung der Fahrtkosten und möglicher Verdienstauffälle. Immerhin ist dafür jetzt der Kreistagssaal beflaggt.

Leider kann die AfD auch im Kreistag noch wirkmächtig werden. Dies zeigte sich jüngst am Beispiel der



Frage, ob an der IGS eine gymnasiale Oberstufe eingeführt werden soll. Im Kreistag hat der bürgerliche Block eigentlich eine eigene Mehrheit, wäre auf Stimmen der AfD also nicht angewiesen. Sollten sich aber in der Oberstufenfrage Abgeordnete z.B. der Unabhängigen oder der WG anders entscheiden, würde die AfD für die erforderliche Sperrmehrheit sorgen.

## Fleißfraktion und Schweigefraktion

Die Arbeit der AfD-Fraktionen in Stadtrat und Kreistag deckt sich in Vielem mit den Ergebnissen einer Untersuchung des Marburger Rechtsextremismusforschers Benno Hafener. Ein von ihm geleitetes Team untersucht die Arbeit der AfD anhand von knapp 1000 Anträgen und Anfragen, die von der Partei in den Landes- und Kommunalparlamenten von Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz gestellt wurden. Ein Ergebnis: Es gibt „Fleißfraktionen“, die vor allem die Verwaltung mit Anfragen beschäftigen, als auch „Schweigefraktionen“, die im Parlament kaum sichtbar werden. Ersteres gilt eher für die Celler Stadtrats-Fraktion, für die es ein Vorteil war, mit dem ehemaligen CDU-Mitglied Frank Pillibeit einen Mann in ihren Reihen zu haben, der schon einmal Ratsmitglied war. Die Kreistagsfraktion kann dagegen eher als „Schweigefraktion“ gelten, wobei das Regime von Landrat Wiswe insgesamt eher darauf angelegt ist, Debatten zu begrenzen.

„Am Anfang der Parlamentsarbeit dominierten eindeutig die Anträge und Anfragen zu Flüchtlings-, Migrations- und Asylpolitik,“ bilanziert Hafener, „dann kamen Fragen zur Inneren Sicherheit, Familie, deutschen Kultur und zum Linksextremismus hinzu.“ Zudem wolle sich die Partei als Anwalt der Familie präsentieren. Erreicht werden sollen damit auch besser gebildete und gut verdienende soziale Gruppen sowie bürgerliche Kreise.

## Schluss mit der stillen Hochzeit

Im Celler Raum dürfte zunächst einmal wichtig sein, dass die interessierte Öffentlichkeit nicht länger durchgehen lässt, dass der bürgerliche Block und die AfD „stille Hochzeit“ spielen. Die CDU und ihr Oberbürgermeister müssen sich entscheiden, ob sie sich von einer Tolerierung durch die AfD abhängig machen wollen. Denn nichts anderes ist – wenn auch unausgesprochen – die aktuelle Situation im Celler Stadtrat.

## Jugendhilfe an den Kreis – billiger wird's nicht

In der Ratssitzung am 31. Januar soll die Entscheidung fallen, ob die Stadt den Bereich Jugendhilfe an den Landkreis abgibt. Über die fachlichen Probleme berichteten wir in der letzten Ausgabe. Die Diskussion ist inzwischen um einen gewichtigen Aspekt ergänzt: Unterm Strich dürfte der Bereich durch eine Rückübertragung nicht Kosten sparen, sondern zusätzliche Kosten hervorrufen.

In seiner Rede zum Haushalt der Stadt Celle enthüllte Oliver Müller, Vorsitzender der Ratsfraktion Die Linke/BSG, den Taschenspielertrick, mit dem der Öffentlichkeit ein Spareffekt in Höhe von 2,8 Millionen vorgegaukelt wurden:

*„Niemand erklärt den Bürgerinnen und Bürgern verständlich, wieso die Stadt 2,8 Millionen „sparen“ könnte. [...] Dabei geht es ums Prinzip und das ist einfach: Die Stadt wollte bisher Träger der Jugendhilfe sein. Und dafür hat sie eine sogenannte Interessensquote in Höhe von 20 % der Gesamtkosten übernommen. Das ist auch der Kern der gültigen Finanzvereinbarung. Anders gesagt: Der Landkreis erstattet für Leistungen, für die er*



*eigentlich zuständig ist, nur 80 Prozent der Kosten. Und wenn die Stadt die Aufgaben zurückgibt, muss er 100 Prozent zahlen. Ich finde, dass diese einfache Geschichte in der Öffentlichkeit völlig verschleiert wird. Denn was heißt das? Im wesentlichen doch Folgendes: Nichts wird billiger. [...] Warum verzichtet der Landkreis nicht einfach auf die Interessensquote und zahlt die 2,8 Millionen an die Stadt, die er im anderen Fall ja aus dem eigenen Haushalt demnächst sowieso finanzieren muss? Rechtlich spricht nichts dagegen.“*

Auf eine Anfrage der Gruppe Grüne/WG/Partei räumte die Verwaltung diesen schlichen Zusammenhang ein. Im vergangenen Jahr sei eine neue Jugendhilfevereinbarung zwischen Landkreis und Stadt abgeschlossen worden, bei der zwar eine Erhöhung der jährlichen Zuschusszahlungen erreicht wurde, aber: „Eine vollaus-

*kömmliche Erstattung konnte nicht vereinbart werden.“*

Die Gruppe Grüne/WG/Partei beantragte daraufhin: „Der Landkreis muss die städtische Jugendhilfe nicht übernehmen und zahlt dafür im Rahmen der bestehenden Jugendhilfevereinbarung mit der Stadt Celle mindestens die Hälfte der veranschlagten Mehrbelastung für den Landkreis bzw. die Hälfte der entsprechenden Einsparsumme für die Stadt, somit mindestens 1,4 Mio. Euro (von insgesamt 2,8 Mio. Euro).“ In der Begründung verwies sie u.a. darauf, dass die Stadt Lüneburg „ihre Jugendhilfeausgaben zu 100 % und damit vollständig vom Landkreis vergütet“ bekäme und die Kommunen in der Region Hannover immerhin noch 80 % erhielten.

Dass jetzt nicht eine vollständige Erstattung gefordert wird, hat mit der harten Position der Landkreisverwaltung zu tun. In einer ratsinternen Informationsveranstaltung soll der Erste Kreisrat Michael Cordioli deutlich gemacht haben, sich nicht vorstellen zu können, 100 % zu erstatten, wo er nicht auch zu 100 % das Sagen habe.

Die Fraktion Die Linke/BSG wies im Januar in einer Pressemitteilung auf ein „Problem“ hin, dass die Kostenfrage gänzlich absurd werden lässt. Wenn der Landkreis die Jugendhilfe wieder übernimmt, muss er für die übernommenen Mitarbeiter\*innen Arbeitsplätze schaffen. Blieben sie im städtischen Sozialamt, wäre also zusätzlich eine Miete an die Stadt fällig. Da ja aber soviel Gewese um mögliche Synergieeffekte gemacht wird, müssten die Mitarbeiter\*innen im Bereich Jugendhilfe des Landkreises und der Stadt unter einem Dach zusammengeführt werden. Wo? Zu welchen Kosten? Muss dafür gebaut werden? Antworten auf diese Fragen erhält die Öffentlichkeit nicht. In jedem Fall kann sie sich darauf verlassen, dass für die Steuerzahler\*innen insgesamt der Bereich Jugendhilfe teurer wird.

Was also soll das Ganze? Vielleicht geht's schlicht darum, dass der Landkreis seinen Einflussbereich ausdehnen will. Die Stadt ist angesichts ihrer defizitären Haushaltssituation nur ein Opfer, jedenfalls solange Stadt und Rat sich nicht vom Verwalten verabschieden und endlich mal wieder anfangen, Politik zu machen. Den neu gewonnenen Einfluss wird der Landkreis nutzen, um den Rotstift auch bei Maßnahmen anzusetzen, für die es im Stadtrat immer noch genügen Unterstützung gäbe.

Ein Letztes: Für eine Zustimmung im Rat braucht Oberbürgermeister Nigge nicht nur die Stimmen von CDU, FDP und Unabhängigen – erneut würde es die AfD-Fraktion sein, die ihm eine Mehrheit verschafft.



## Gesamtschule – Kreistag gegen Oberstufe

Mit einer deutlichen Mehrheit seitens des bürgerlichen Blocks und der AfD hat der Kreistag in seiner letzten Sitzung den Antrag der Integrierten Gesamtschule Celle abgelehnt, zum Schuljahr 2020/2021 eine gymnasiale Oberstufe einzuführen. Nachdem man in Celle über Jahrzehnte das Angebot einer IGS verhindert hatte, soll mit dieser Entscheidung offensichtlich der IGS ihre Attraktivität für Eltern und Schüler\*innen genommen werden.

Die Argumentation von Landrat Wiswe lässt sich so zusammenfassen: 1.) Es gibt keinen Rechtsanspruch auf die Einführung einer gymnasialen Oberstufe an einer IGS; 2.) würde eine solche eingeführt, stelle man die IGS besser als die Oberschulen; 3.) eine Oberstufe an der IGS gefährde den Bestand des Gymnasium Ernestinum; 4.) die IGS-Schüler\*innen könnten an die Oberstufen der bestehenden Gymnasien wechseln; 5.) der Landkreis habe nicht das Geld zusätzliche Räume für eine Oberstufe zu schaffen.

Die Gegenreden im Kreistag zielten insbesondere auf das pädagogische Konzept der IGS ab, das ohne gymna-

siale Oberstufe erhebliche Risse bekommen könnte. Die AfD zeigte sich offen reaktionär. Ein Zitat ihres Abgeordneten Frank Pillibeit: „Wir brauchen schulische Vielfalt statt integrierte Einfalt. Allein der Begriff „Gesamtschule“ ist schon ein Euphemismus – es handelt sich hier nicht um eine Gesamtschule sondern um eine Einheitsschule.“

Auch wenn die IGS ihren Antrag im nächsten Jahr erneut stellen kann, sieht es aktuell schlecht aus: Der CDU-Kreistagsabgeordnete Hubertus Bühmann, bis zu seiner Pensionierung übrigens Schulleiter am Kant-Gymnasium in Lachendorf und „alter Ernestiner“, verkündete, die CDU-Fraktion werde ihre Haltung in den nächsten vier Jahren nicht ändern. Es bedarf also einer erheblichen Intensivierung des gesellschaftlichen Drucks, um im Kreistag zu anderen Abstimmungsverhältnissen zu kommen.

Wir haben mit Ulrike Schwengfelder, stellvertretende Schulleiternratsvorsitzende der IGS Celle, ein Interview geführt. Ergänzend finden sich in den Kästen Informationen zur IGS, der Position der GEW.

### Antrag und Begründung zur Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe zum Schuljahresbeginn 2020/21 an der IGS Celle

Die IGS Celle hat als fünfzügige Schule im Schuljahr 2014/15 den Schulbetrieb aufgenommen und wird seit dem Schuljahr 2015/16 sechszügig geführt. Sie beschult im Schuljahr 2017/18 vier Jahrgänge, wobei in jedem Jahrgang für die Aufnahme das qualifizierte Losverfahren angewandt werden musste, da die Anmeldezahl regelmäßig die Aufnahmekapazität von 150 bzw. 180 Schülerinnen und Schülern überstiegen hat. In den Schuljahren 2014/15 bis 2017/18 mussten insgesamt 333 Kinder nach dem Losverfahren abgelehnt werden.

Im Schuljahr 2017/18 besuchen die IGS Celle 572 Schülerinnen und Schüler in 23 Klassen. [...] Bei einer sechszügigen IGS ist eine mindestens vierzügige Oberstufe, wie sie nach der Schulentwicklungsplanung notwendig ist, gewährleistet.

Dies ist im öffentlichen Diskurs mehrfach thematisiert worden. Die Elternschaft hat somit bereits unter der Prämisse, dass eine IGS gemäß Grundsatzertlass („Die Arbeit in den Schuljahrgängen 5 bis 10 der Integrierten Gesamtschule“) eine Oberstufe zum Schuljahr 2020/21 erhalten wird, ihr Kind an der IGS angemeldet. [...]

Wir gehen aufgrund der oben genannten Darstellungen [Prognose über die Entwicklung der Schülerzahlen] in den bisher eingeschulten Jahrgängen jeweils von etwa 90, mindestens jedoch von den nötigen 54 Schülerinnen und Schülern aus, die in die Oberstufe übergehen. Aus diesen Zahlen ergibt sich die Planung einer mindestens vierzügigen Oberstufe.

### Interview mit Ulrike Schwertfeger

#### „Für das pädagogische Konzept brauche ich auch die leistungsstarken Schüler.“

??: Sicher ist bei Eltern, Schüler\*innen und Lehrer\*innen die Enttäuschung über die Abstimmung im Kreistag groß. Hattet ihr überhaupt damit gerechnet, dass sich der bürgerliche Block im Kreistag derartig querstellen würde?

!!: Ja, leider mussten wir damit rechnen, obwohl bekanntlich stirbt ja die Hoffnung zuletzt. Zumal wir als Schulleiternrat bis in der Woche vor der Kreistagsitzung Kontakt zu Politikern aus dem konservativen Lager hatten, die unsere Argumente wohlwollend aufgenommen haben.

??: Ihr habt ja einen Haufen guter Argumente. Arbeiten wir mal eins nach dem anderen ab. Was unterscheidet die IGS von Oberschulen und Gymnasien? Warum ist für dieses pädagogische Konzept wichtig, dass die IGS eine eigene gymnasiale Oberstufe bekommt?

!!: In einer IGS lernen alle Kinder zusammen, egal wie begabt man für das eine oder andere Fach ist. Jeder ist mal der Lernende und auch Lehrende. Natürlich werden nicht alle über einen Kamm geschert, sondern jeder wird individuell betrachtet, gefördert und gefordert, in einem Klassen- bzw. Lernverband. Ein großer Teil des Unterrichts findet deshalb auch nicht im herkömmlichen Sinne als Frontalunterricht statt, sondern in klassenübergreifenden Lernbüros. An Gymnasien sind normalerweise nur die leistungsstarken Schüler, obwohl auch dort immer wieder Kinder angemeldet werden, die dem Leistungsdruck nicht gewachsen sind und das Gymnasium nach ein oder zwei Jahren verlassen müssen. Oberschulen be-



herbergen in der Regel Schüler, die früher eine Real- oder Hauptschule besucht hätten.

Dort werden in der 8. Klasse die Kinder wieder in Haupt- und Realschulklassen getrennt. Durch meinen Beruf bekomme ich Einblick in viele Schulen. In Gymnasien und Oberschulen habe ich nur Frontalunterricht gesehen.

Für das pädagogische Konzept, dass alle Schüler zusammen miteinander und voneinander lernen, brauche ich auch die leistungsstarken Schüler. Wenn die IGS keine eigene gymnasiale Oberstufe bekommt, werden sicher eine ganze Menge Eltern, die für ihr Kind ein Abitur anstreben und es ab der 5. Klasse in ein Gymnasium geben können, nicht mehr an der IGS anmelden. Auch um ihrem Kind möglicherweise einen Schulwechsel in der Oberstufe zu ersparen. Es ist nun mal einfacher an seiner angestammten Schule, wo man sich auskennt, Schüler und Lehrer kennt, zu lernen.

?: Landrat Wiswe argumentiert ja dahingehend, dass die Schüler\*innen der IGS nach Klasse 10 auf ein Gymnasium oder die Fachgymnasien der Berufsschulen wechseln könnten, um dort ihr Abitur zu machen. Was sagt ihr dazu?

!!: Natürlich werden die Kinder befähigt sein, auch an einer anderen Schule Abitur zu machen. Ich vertraue darauf, dass unsere Lehrer unsere Kinder gut auf alles was nach der 10. Klasse kommt vorbereiten. Egal, ob es eine Oberstufe oder eine Berufsausbildung sein wird. Aber darum geht es eigentlich nicht. Wir brauchen die Oberstufe, damit wir auch die Anziehungskraft für gymnasiale Kinder schon ab Klasse 5 haben und auch unsere guten gymnasialen Lehrer an unserer Schule bleiben, weil sie auch hier in einer Oberstufe arbeiten können. Ich glaube für Gymnasiallehrer ist es bei ihrer Entscheidung Gymnasiallehrer zu werden auch darum gegangen, sich mit jungen Erwachsenen, die der Pubertät entwachsen sind, fachlich auseinanderzusetzen.

?: Dann wird vor allem auch ein Kostenargument aufgeführt, weil es keine Räume für eine eigene gymnasiale

## Lernen ohne Angst

Die IGS Celle ist eine **Referenzschule "Mobiles Lernen"** des Landes Niedersachsen, in der alle Schülerinnen und Schüler ab der Jahrgangsstufe 5 mit einem eigenen Tablet-PC arbeiten. Der Tablet-PC, als zusätzliches Unterrichtsmedium, bringt den Schülerinnen und Schülern nicht nur mehr Spaß am Lernen, sondern bereitet innovativen pädagogischen Konzepten den Weg. Selbstbestimmtes Lernen und an den eigenen Fähigkeiten orientierte Darstellungen ermöglichen es den Schülerinnen und Schülern, sich frei zu entfalten und die bestmöglichen Lernresultate zu erzielen. [...]

Der Erwerb der Basiskompetenzen in Deutsch, Mathematik und Gesellschaftslehre erfolgt in je einem **Lernbüro**. Hier arbeiten die Schülerinnen und Schüler je nach ihren individuellen Voraussetzungen selbstständig mit dem Tablet-PC. [...] Die Schülerinnen und Schüler bekommen zu Beginn einen thematischen Leitfaden zur Orientierung während der Unterrichtsreihe. Anhand dieses Lernpfades haben die Schülerinnen und Schüler einen Überblick, was sie schon geleistet haben und was noch zu erledigen ist. Die Fähigkeit selbstständig zu lernen wird dadurch optimal geschult. Der Unterricht im Lernbüro wird von Fachlehrkräften durchgeführt.

Zusätzlich besitzen alle Schülerinnen und Schüler ihr ganz persönliches **"Logbuch"**, das als Lerntagebuch bzw. Schulplaner dient. Das Logbuch dient zusätzlich der Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus. Hier werden die individuellen Lernfortschritte Ihres Kindes festgehalten. [...]

In den Jahrgängen 5 bis 8 wird es sogenannte **Lernentwicklungsbereiche [LEB]** geben. Der LEB gibt jeder Schülerin und jedem Schüler eine individuelle und ausführliche Rückmeldung über das gezeigte Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten. Die individuelle Lern- und Leistungsentwicklung sowie die Leistungsfähigkeit sind die Kernpunkte des LEBs. Dieser Bericht dient der individuellen Rückmeldung und Ermutigung. [...]

Um den Schülerinnen und Schülern einen fließenden Übergang in das Notensystem zu bieten, wird es ab dem Jahrgang 8 zusätzlich ein Notenzeugnis geben. Da die Lernfreude und Lernbereitschaft beibehalten werden soll, gibt es an der IGS **kein Sitzenbleiben**.

Quelle: IGS Celle. Engagement - Innovation - Zukunft. Gemeinsames Schulleben schafft Kompetenzen für die Zukunft.

*Oberstufe gäbe. Es ist nicht unbedingt, Eure Aufgabe, sich darüber Gedanken zu machen. Trotzdem die Frage: Zieht dieses Argument?*

!!: Natürlich nicht. Geld darf bei Bildung nur eine untergeordnete Rolle spielen.

?: Was sind die wichtigsten Argumente für Eltern, ihre Kinder auf die IGS zu schicken? Und: Hast du den Eindruck, dass die Kommunalpolitik dies auch nur ansatzweise verstehen?

!!: Die Argumente sind sicher sehr vielfältig. Für manche sicher die Lage, für andere das Konzept mit den Tablets zu arbeiten, aber sicher für einen großen Teil auch das Konzept, anders zu lernen. Hier wird viel Wert auf

## Unverständnis über Umgang mit der IGS



Selbstständigkeit im Lernen gelegt: weniger Frontalunterricht, Lernen lernen, die Kinder müssen sich selber organisieren, reflektieren. Ich persönlich finde auch wichtig, dass die Kinder lernen, dass der Wert eines Menschen nicht nur vom IQ abhängt. Sie erfahren täglich, dass auch weniger (lern-) begabte Kinder in den Hauptfächern durchaus ihre Stärken an anderer Stelle haben, weil es die eigenen Freunde und Klassenkameraden sind.

Für eine ganze Reihe Eltern, deren Kinder nicht ganz klar und spielend leicht eine gymnasiale Empfehlung bekommen haben bzw. bekommen würden, spielt sicher auch eine Rolle, dass der Leistungsdruck nicht so groß ist, wie am Gymnasium und man sich auch die Zeit der Entwicklung geben kann.

Sicher sehen die meisten Politiker bei uns im Kreis schon, dass die Schule gute Arbeit leistet. Ich vermute, dass aber viele das Konzept nicht richtig kennen und verstanden haben. Es wird die IGS immer wieder mit der Oberschule verglichen und man hört auch immer wieder, dass es doch im Grunde das Gleiche ist. Sie sehen den Unterschied zur Oberschule nicht oder wollen ihn nicht sehen. Denn dann kann man ja auch gut argumentieren, dass die Schüler einer Oberschule ja auch keine eigene gymnasiale Oberstufe haben.

?: Im nächsten Jahr wird die Schule ja erneut einen Antrag stellen. Leider scheinen die Verhältnisse im Kreistag betont. Wie wollt Ihr diese Mauer an Ignoranz zum Bröckeln bringen?

!: Das wird ein schwieriges Stück Arbeit. Es gibt aber durchaus auch im konservativen Lager Personen, die uns verstehen und auch signalisiert haben, dass sie durchaus eine gymnasiale Oberstufe an der IGS befürworten, nur nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Denen müssen wir klarmachen, dass es aber schädlich ist, zu lange damit zu warten. Einmal für die IGS, weil sie, wie bereits erwähnt, einen Teil ihrer Anziehungskraft gerade bei den gymnasialen Kindern verliert. Und zweitens für die Politik, weil dann der Landkreis wertvolle Zeit für Planungen verliert.

Wir werden gleich im neuen Jahr eine Podiumsdiskussion durchführen und hoffen natürlich, dass zu diesem Termin mehr Vertreter aus der Politik kommen, als zu unserer letzten Einladung in die Schule im November. Da sind leider von den 60 eingeladenen Kreistagsmitgliedern (inkl. Landrat Wiswe) nur 13 Abgeordnete gekommen; leider fand der Landrat keine Zeit für die Kinder der IGS.

Die Entscheidung des Kreisschulsausschusses, gegen die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der IGS zu stimmen, stößt beim Kreisverband Celle der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf vollständiges Unverständnis.

Eine IGS ohne Oberstufe ist vor allem für die zahlreichen dort unterrichtenden Gymnasiallehrkräfte problematisch. Wer in Niedersachsen in der Gehaltsklasse bzw. der Besoldungsgruppe A13 beschäftigt und auf Lebenszeit verbeamtet sein möchte, muss dreierlei erfüllen:

1. Die theoretischen Grundlagen legen und ein Studium zweier Unterrichtsfächer mit der Fachrichtung Gymnasiales Lehramt erfolgreich abschließen (früher Erstes Staatsexamen, heute Master of Education), dies dauert in der Regel fünf Jahre.

Viele Lehramtsstudierende wollen gerne an einem Gymnasium unterrichten, weil sie die Altersvielfalt der Schülerschaft sowie den fachlichen Anspruch des Oberstufenunterrichts schätzen. Einen Studienschwerpunkt „Unterrichten an einer IGS“ gibt es bislang nicht.

Zuletzt durften die Gesamtschulen in Niedersachsen nur Lehrkräfte mit einem solchen Studienabschluss einstellen – das Interesse an einer IGS ohne Oberstufe zu unterrichten dürfte daher gering sein, solange es noch ausreichend Stellen an Gymnasien gibt. Geeignete Bewerber für die offenen Stellen zu finden könnte der IGS Celle in Zukunft also schwer fallen.

2. Die praktischen Grundlagen legen und einen 18-monatigen Vorbereitungsdienst (Referendariat) an einem Studienseminar für das Gymnasium absolvieren (Zweites Staatsexamen).

Diese Ausbildung erfolgt nur in seltenen Fällen an einer IGS. Es kommt sogar vor, dass Ausbilder die IGS für eine gymnasiale Ausbildung als nicht geeignet ansehen. Fehlt der IGS Celle die Oberstufe, wird dort wohl auch in Zukunft keine gymnasiale Ausbildung stattfinden.

3. Sich für die Laufbahn qualifizieren, d. h. nach einer dreijährigen Probezeit erfolgt eine abschließende Beurteilung durch die Schulleitung.

Dadurch werden die zahlreichen Gymnasiallehrkräfte, die bereits an der IGS Celle unterrichten, gezwungen, diese zu verlassen. Für die Laufbahnqualifizierung sollen Unterrichtserfahrungen in der Oberstufe und die Teilnahme an Abiturprüfungen vorgewiesen werden. Dafür müssen die Lehrerinnen und Lehrer zeitweilig am KAV und am HBG unterrichten, also an einer fremden Schule, mit anderen Räumlichkeiten, Strukturen, Absprachen und Gepflogenheiten. Die Lehrkräfte sind verständlicherweise enttäuscht – und denken gegebenenfalls darüber nach, die IGS Celle zu verlassen.

Teilerfolg in Sachen Schulbücher und Arbeitshefte; aber:

## Weiterhin hungern für Bildungschancen

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hat entschieden, dass Schulbücher und Arbeitshefte als Leistungen nach dem SGB II zu gewähren sind: Für andere Bedarfe aber soll es mehr als die jährlichen Schulbedarfszuschüsse in Höhe von 70,00 € zum 1. August und 30,00 € zum 1. Februar nicht geben. In dem Berufungsverfahren am 11.12.2017 (L 11 AS 349/17) wurde wie folgt entschieden:

Die Klägerin, die ein berufliches Gymnasium mit dem Schwerpunkt Technik in Celle besucht, begehrte für das Schuljahr 2016/17 zusätzliche Leistungen in Höhe von 322,18 €:

- für die Beschaffung der von der Schule vorgeschriebenen Bücher und Arbeitshefte 135,65 €
- für die Beschaffung des von der Schule empfohlenen Taschenrechners in Höhe von 76,94 €
- für die Beschaffung von Materialien für den Schulunterricht in Höhe von 73,59 €
- für das zu zahlende Kopiergeld 36,00 €.

Es ging um die Frage des verfassungsrechtlichen Anspruchs von Kindern von Leistungsbezieher\*innen nach dem SGB II auf Chancengleichheit in der Bildung.

Das LSG entschied unmissverständlich, dass Schulbücher und Arbeitshefte nicht innerhalb des Bedarfs für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (§ 28 SGB II) berücksichtigt sind. **Von daher hat das Gericht der Klägerin in analoger Anwendung des § 21 Abs. 6 SGB II Leistungen für die Schulbücher und Arbeitshefte in Höhe von 135,65 € zugesprochen.**

Weil ein Taschenrechner für mehrere Jahre angeschafft wird, stellte das LSG in Aussicht, dass die Anschaffung ggf. über die Darlehensregelung nach § 24 Abs. 1 SGB II zu decken ist.

In Bezug auf die Materialien für den Schulbedarf und das Kopiergeld führte das LSG aus, dass diese im Rahmen der Schulbedarfszuschüsse gedeckt seien.

Das LSG hat den Beklagten (also im Konkreten das Jobcenter im Landkreis Celle) die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen einer Revision das Urteil anzufechten. Es bleibt also aktuell abzuwarten, ob dies erfolgt.

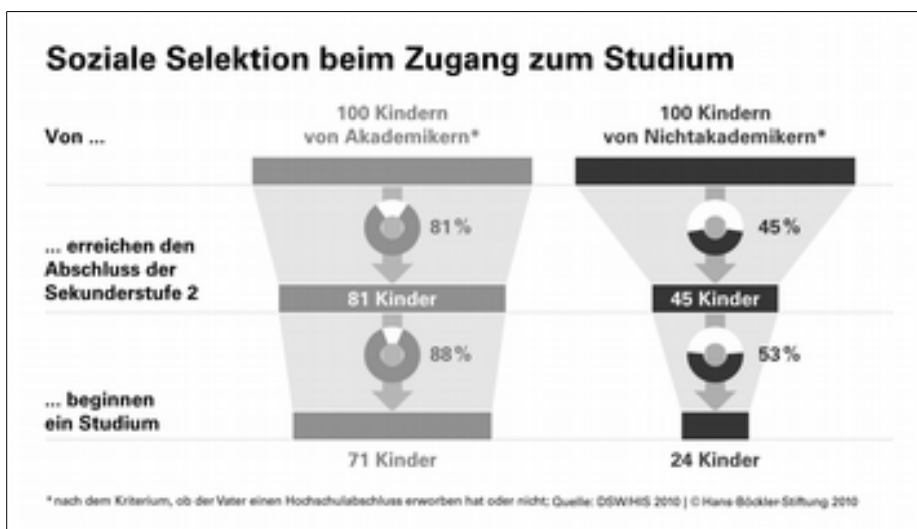
Ein Gerichtssprecher hat sich nach dem Urteil dahingehend geäußert, dass es eine „Pionierentscheidung“ sei. Vielmehr ist es aber ein Armutszeugnis für Deutschland. Das Urteil ist nur ein Teilerfolg; es heißt weiterhin, hungern für Bildungschancen.

Als Teilerfolg wurde erzielt, dass zusätzliche Leistungen für Schulbücher und Arbeitshefte zu gewähren sind. Von daher müssten die Jobcenter in diesem Bereich eine Neupositionierung durchführen. Alle Betroffenen sind aufgefordert, diese Leistungen geltend zu machen.

Bei Schulbedarfsartikeln wie z. B. Taschenrechner, Computer etc., die für mehr als ein Jahr genutzt werden, eröffnet das Urteil die Möglichkeit der Beantragung eines Darlehens nach § 24 Abs. 1 SGB II. Diese Möglichkeit scheint nicht zielführend zu sein, denn von einer Person, die kein Geld hat, kann auch kein Darlehen abgezahlt werden. Daher wäre gesondert zu klären, ob dieses Darlehen als Zuschuss zu gewähren ist.

Also bleibt im vorliegenden Fall ein ungedeckter Bedarf für den Taschenrechner 76,49 €, für Schulmaterialien 73,59 €, für Kopiergeld 36,00 €, die vom Munde abspart werden müssen. Bei einem zu berücksichtigenden Anteil in Höhe von 138,69 € im Regelbedarf für Nahrungsmittel und Getränke muss bei dem nichtgedeckten Bedarf in Höhe von 186,35 € abzüglich der 70,00 € Schulmittelpauschale über 25 Tage gehungert werden.

Die Forderung kann nur sein, dass eine angemessene Erhöhung des persönlichen Schulbedarfs im Rahmen des Bedarfs für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben nach § 28 SGB II erfolgt oder die tatsächlichen Kosten gewährt werden. Die Politik hat endlich gleiche Bildungschancen unabhängig vom Einkommen und unabhängig davon, ob es sich um Leistungsbezieher\*innen nach dem SGB II handelt, sicherzustellen, damit alle Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland gleiche Bildungschancen haben.



## Reine Neugier ist kein geeigneter Maßstab

„15-Jähriger Afghane ersticht Mädchen im Supermarkt.“ Das war die Überschrift einer dpa-Meldung nach dem Tötungsdelikt im rheinland-pfälzischen Kandel im Dezember. Ein Verstoß gegen den Pressekodex, mit dem die „Wahrung der Berufsethik“ sichergestellt werden soll. Denn: In der Berichterstattung über Straftaten hat die Nationalität des Täters eigentlich nichts zu suchen. Im Fall von Kandel redete sich dpa mit einem „begründeten Öffentlichen Interesse“ heraus. Dies aber gilt mit Sicherheit nicht für eine Berichterstattung in der Celleschen Zeitung vom 07.11.2017, siehe Kasten.

In der „Richtlinie 12.1“ des Pressekodex heißt es:

„In der Berichterstattung über Straftaten ist darauf zu achten, dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt. Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte. [...] Reine Neugier – egal ob angenommen oder tatsächlich vorhanden, egal, ob individuell oder kollektiv – ist kein geeigneter Maßstab für presseethisch verantwortliche Abwägungsentscheidungen.“ Es werden einige Ausnahmetatbestände aufgelistet, die in der Regel nicht auf das zutreffen, was alltägliche Berichterstattung ist.

Die ursprüngliche Meldung kam von der Pressestelle der Bundespolizeiinspektion Hannover. Während die HAZ immerhin darauf hinwies, dass sie einen Polizeibericht zitierte, fehlte dies in der CZ. Für die Zusammenfassung zeichnete „(gu)“, wie der/die informierte Leser\*in weiß also Gunther Meinrenken.

Wo liegt der Verstoß gegen den Pressekodex? Es ist völlig irrelevant, dass der Tatverdächtige Angolaner ist. Und die Polizeipressestelle erlaubt sich zusätzlich noch, mit dem Aufenthaltstitel des mutmaßlichen Täters ein Stammischressentiment zu schüren. Im Aufenthaltsgesetz werden unter § 25a („Aufenthaltsgewährung bei gut

integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden“) die Voraussetzungen genannt, unter denen einem „jugendlichen oder heranwachsenden geduldeten Ausländer [...] eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden“ soll. Dazu gehört z.B. dass er/sie „seit vier Jahren erfolgreich eine Schule besucht oder einen anerkannten Schul- oder Berufsabschluss erworben hat“, „es gewährleistet erscheint, dass er sich [...] in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland einfügen kann und [...] keine konkreten Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Ausländer sich nicht zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt.“ Ein völlig normaler und sinnvoller Aufenthaltstitel also.

### Bundespolizist auf Gleise gestoßen

**CELLE.** Ein Schwarzfahrer hat am Sonntag einen Bundespolizisten am Celler Bahnhof auf die Gleise gestoßen. Der 24 Jahre alte Angolaner war im Metronom von Hannover nach Celle ohne Fahrschein erwischt worden. Bei der Kontrolle durch den Schaffner wurde er aggressiv. Das änderte sich auch nicht, als ein Bundespolizist hinzukam. Als der Beamte in Celle die Personalien des Mannes feststellen wollte, stieß der Angolaner ihn gegen die Brust. Der Polizist stürzte rückwärts auf die Gleise und erlitt Verletzungen am Rücken und am Knie.

Der Angolaner flüchtete, wurde aber später von Celler Polizisten aufgegriffen. Gegen den 24-Jährigen wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Er ist seit 2012 Inhaber einer „Aufenthaltsgestattung aus humanitären Gründen für gut integrierte Heranwachsende“. (gu)

Der Polizeipressestelle geht es ersichtlich nicht um die Bekanntgabe des Aufenthaltsstatus, der übrigens für die vorgeworfene Tat auch irrelevant ist. Ihr geht es darum, aus dem „gut integriert“ eine diskriminierende Verallgemeinerung zu stricken.

Und das kommt selbstverständlich an. Bei „Compact Online“ ist zu lesen: „„Gut integrierter“ Asylant stößt Polizist auf Bahngleise“ und auf dem rechtsextremistischen „blog.halle-leaks.de“ wurde getitelt: „Celle: Flüchtling aus Afrika wollte Polizisten von Zug zerteilen lassen“.

Kurz zurück zur Celleschen Zeitung. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass Gunther Meinrenken weiß, was er tut – und die Chefredaktion auch.

Dass es problemlos anders geht, bewies zum Beispiel die Syker Kreiszeitung: Sie verzichtete in ihrer Meldung einfach auf die Staatsbürgerschaft des Mannes wie auch auf die Nennung seines Aufenthaltstitels.

Wer anders verfährt, macht Täter\*innen zu Stellvertreter\*innen einer Gruppe. Der/die Täter\*in ist verantwortlich für seine/ihre Tat, nicht für die Zugehörigkeit zu einer (konstruierten) Gruppe.

Eine Grundlage für Rassismus und rassistische Diskriminierung ist die Konstruktion homogener Gruppen, denen bestimmte Merkmale zugeschrieben werden. Die Verantwortung von Medien besteht darin, dies zu erkennen, und nicht auf jene zu schießen, die sonst (und sowieso) „Lügenpresse“ schreiben.



----- 26.10.2017 -----

## Stern

Der Kreisverband Celle des DGB bestätigte bei der Wahl des neuen Vorstands den bisherigen Kreisvorsitzenden Paul Stern (ver.di) in seinem Amt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Rainer Runge (IG Metall) gewählt, der lange Jahre Betriebsrat bei Baker Hughes Christensen war. Weiteres Vorstandsmitglied wurde Jürgen Köhler (ver.di). Als Vertrauensmann und stellvertretender Personalrat der Stadt Celle wird er den DGB Kreisverband unterstützen.

----- 01.11.2017 -----

## Weiter sachgrundlos

Abgelehnt wurde im Kreistag ein Antrag der SPD-Fraktion, wonach die Kreisverwaltung bei der Neueinstellung von Mitarbeitenden keine Arbeitsverträge mit sachgrundloser Befristung mehr abschließen solle. Dafür waren SPD, B'90/Die Grünen und Behiye Uca (Die Linke). Landrat Wiswe befand, dass sich „das Instrument der sachgrundlosen Befristung in vielen Bereichen durchaus bewährt“ habe. Sie gäbe – aufgemerkt – „der oder dem Beschäftigten eine größere Planungssicherheit als eine unbefristete Beschäftigung mit einer möglichen Kündigung während der Probezeit.“



Neben dem bürgerlichen Block aus CDU/FDP/WG/Unabhängigen fand auch die AfD die faktische Verlängerung der Probezeit sinnvoll. Statt einer Absage hätten die Bewerber so die Möglichkeit, sich zu bewähren. - Kleiner Trost: Auszubildende werden inzwischen unbefristet übernommen.

----- 11.11.2017 -----

## Wir reden vom Klima

Pünktlich um 5 nach 12 begann die Kundgebung der Initiative LIST auf dem Robert-Meyer-Platz. Dass hinsichtlich der Dramatik der Situation selbst "5 nach 12" falsche Hoffnungen weckt, machte insbesondere der abschließende Beitrag von Sascha Artmann deutlich. Das "2 Grad-Ziel" von Paris ist kaum noch einzuhalten, da weder die Politik noch die Gesellschaften der industrialisierten Länder bereit sind für einschneidende Maßnahmen. Werner Leise von attac berichtete von der Demonstration in Bonn und den Aktionen des Bündnisses "Ende Gelände". Claus Stahl stellte die Schokoladen-Aktion der Kampagne "Plant-for-the-Planet" vor. Zwei Mitglieder einer Theatergruppe lasen eine Passage aus dem Buch "Die ganze Wahrheit über alles". Mit 35 Teilnehmer\*innen konnte die Aktion nur ein kleines Zeichen setzen. Aber vielleicht ist es auch in Celle ein Anfang, der alten SDS-Parole „Alle reden vom Wetter - wir nicht“ einen neuen Sinn zu geben: „Wir reden vom Klima!“

----- 14.11.2017 -----

## Nicht mehr so aktiv

Nach den Riots beim Hamburger G20-Gipfel fragte die AfD-Fraktion im Celle Stadtrat die Verwaltung, ob die Stadt „linke Projekte“ oder „linke Organisationen“ finanziell oder anderweitig unterstütze. Die Antwort im

Ausschuss für Schulangelegenheiten, Soziales und Integration“ könnte die AfD beruhigen: „Seitens der Stadt Celle werden keine linksextremen Projekte oder Organisationen gefördert. Ein „Kampf gegen Rechts“ wird ebenso wenig geführt oder unterstützt.“ Nach Erkenntnissen der Polizeiinspektion sei „die linke Szene in Celle seit 3 - 4 Jahren nicht mehr so aktiv [...] wie in den Jahren zuvor. Größere Protestaktionen wie gegen den Schlachthof in Wietze oder die Firma Rheinmetall wurden durch überörtliche Gruppen organisiert, denen sich Teile der Celler linken Szene angeschlossen bzw. diese unterstützt hätten, ohne selber aber Straftaten zu begehen.“

----- 14.11.2017 -----

## Propagandadelikte

In Reaktion auf die Anfrage der AfD (siehe oben) wollte Dirk Gerlach (Die Partei) wissen, wies es denn um den Rechtsextremismus bestellt ist. Die Antwort (in Auszügen):

„Die Polizeiinspektion Celle hat einen genauen Überblick über die [...] sog. Reichsbürger. Es handelt sich allerdings auch hier nicht um eine Szene, sondern einzelne Personen, die nicht gemeinsam agieren. Im vergangenen Jahr wurden im Bereich Stadt und LK Celle im Zusammenhang mit dem Oberbegriff „Reichsbürger“ Straftaten im einstelligen Bereich begangen. Eine Szene der „identitären Bewegung“ existiert nach hiesigen Erkenntnissen aktuell in Celle nicht. [...] 2016 wurden Ermittlungsverfahren im unteren zweistelligen Bereich bearbeitet, die der rechten Szene zuzuordnen waren - meist Propagandadelikte, aber in einem Fall auch eine gezielte Straftat gegen Flüchtlinge bzw. eine Flüchtlingsunterkunft.“

----- 16.11.2017 -----

## Vereidigung

Ohne öffentliche Vorankündigung werden im TuS-Stadion 665 Soldat\*innen des Feldwebel-/Unteroffizieranwärterbataillon 2 vereidigt. Sie hatten an den Standorten Celle und Bückeburg den sechsmonatigen Feldwebel-/Unteroffizieranwärterlehrgang absolviert. Lokalprominenz war nicht sooo aktiv vertreten: Nigge, Wiswe und Lühmann aber wohnten dem polizeilich gut gesicherten Tschingderassabum bei. Merkwürdig war nur, dass die Cellesche nicht berichtete.



----- 21.11.2017 -----

## Glyphosat

Vor knapp 100 Geschäftsstellen der CDU und CSU, so auch im Celler Südwall, protestierten Aktivist\*innen für ein Verbot des Pestizids Glyphosat. Initiiert von Campact versprühten sie symbolisch Glyphosat und hielten Schilder bedrohter Tiere hoch. Gefordert wurde, dass Deutschland in der EU gegen die weitere Zulassung des Giftes stimmen solle, das im Verdacht steht, Krebs auszulösen. Für Campact wäre das Verbot zudem ein wichtiger Schritt hin zu nachhaltiger Landwirtschaft mit regional angepassten Anbaumethoden. Denn das Totalherbizid Glyphosat vernichtet alle unerwünschten Samen und Pflanzen, so dass Insekten wie Hummeln, Käfer und Schmetterlinge keine Nahrung mehr finden und dadurch Amphibien und Vögel in Mitleidenschaft gezogen werden. Henning Otte kommentierte die Protestaktion von Berlin aus so: „Ich habe Vertrauen zur Landwirtschaft, die im Generationenvertrag die landwirtschaftliche Nutzfläche weitergibt und Pflanzenschutzmittel behutsam und effizient einsetzt.“ Eine knappe Woche später stimmte die Bundesregierung einer Zulassung für weitere fünf Jahre zu.

----- 25.11.2017 -----

## Frauendemo

Am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen startet offiziell die „feministische Kampagne für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie“. In Celle demonstrieren gut 100 Menschen unter dem Motto: „Gewalt ist Faschismus. Selbstverteidigung ist

unser Recht!“. Aufgerufen hatten u.a. Frauenrat Ronahî, JXK - Studierende Frauen aus Kurdistan, Jinên Ciwan ên Azad Hannover, Hêvî – Frauen in Not e.V., Feministisches Jugendkomitee Celle, Dachverband des Êzîdîschen Frauenrats e.V. und die Feministische Initiative Wendland.

----- 13.12..2017 -----

## Burggraf

Auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins wurde Dietrich Burggraf zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er löst Dirk-Ulrich Mende ab, der im Sommer für die Übergangszeit bis zur Jahreshauptversammlung den Vorsitz übernommen hatte. Neben Burggraf hatten sich auch Jörg Rodenwaldt um das Amt des Vorsitzenden beworben. Nachdem Burggraf mit zwei Dritteln der Stimmen gewählt wurde, trat Rodenwaldt als Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion zurück. Das Ergebnis zeige ihm, so Rodenwaldt, die fehlenden Unterstützung durch die Partei und Teilen der Fraktion. Burggraf war bis zur Verrentung Leiter des Bildungszentrums Heimvolkshochschule Hustedt.

----- 03.01.2018 -----

## PKK vor OLG

Die Generalstaatsanwaltschaft Celle hat Anklage gegen den 57-jährigen türkischen Staatsangehörigen Zahir A. wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) erhoben. Der Angeschuldigte sei hinreichend verdächtig, in der Zeit von März 2014 bis Ende Juni 2015 als Gebietsleiter der PKK und ihrer Europaorganisation „Kurdische Demokratische Gesellschaft in Europa“ (Civaka Demokratik a Kurdistan - CDK) im Gebiet Salzgitter in herausgehobener Leitungsfunktion tätig gewesen zu sein.

----- 15.01.2018 -----

## Keine Rasterfahndung

Das „Celler Bündnis für einen gerechten Welthandel“, das zu den Protesten gegen den G20-Gipfel mit aufgerufen hatte, kritisiert die sogenannte „Öffentlichkeitsfahndung“:

„Die angelaufene Öffentlichkeitsfahndung ist quasi eine öffentliche Rasterfahndung. Es handelt sich um die Aufforderung an die Öffentlichkeit, eine Vielzahl von Menschen zu identifizie-

ren, deren Tat oder Tatbeitrag völlig ungeklärt ist. Diese Art von Fahndung geht über das, was der Paragraph 131b Strafprozessordnung erlaubt, weit hinaus. Die Ermittler dehnen den Paragraphen bis zur Unkenntlichkeit aus. Sie unterscheiden nicht zwischen Beschuldigten und Nichtbeschuldigten, sie machen alle abgebildeten Personen zu Beschuldigten. Eine solche Massenfahndung dient weniger der Aufklärung von Straftaten als vielmehr der Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas. Eine Emotionalisierung des Komplexes darf nicht Aufgabe der Polizei sein.“

----- 15.01.2018 -----

## Familiennachzug

Bis zum 16. März 2018 ist per Gesetz der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten ausgesetzt. Um dem Recht auf Familiennachzug Nachdruck zu verleihen, haben viele Initiativen, Organisationen und Vereine in Niedersachsen den Appell „Menschenrecht auf Familienzusammenführung einhalten“ unterzeichnet – unter ihnen: AK Ausländer Celle, Land in Sicht – Transition (LIST), Runder Tisch Migration Südheide und Migrations- u. Integrationsbeauftragte (Büro) der Gemeinde Winsen (Aller).

Mit dem Appell soll erreicht werden, dass 1) die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte nicht verlängert wird, 2) die Visaverfahren in den deutschen Auslandsvertretungen beschleunigt werden, 3) im Falle unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge nicht nur die Eltern, sondern auch die minderjährigen Geschwister wieder regelmäßig ein Visum erhalten und 4) in Griechenland gestrandete Angehörige unverzüglich nach Deutschland reisen dürfen.



## „Gebt der Politik das Kommando“ (Mao Zedong)



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Die Dicke:** Was machen eigentlich die Pony-Preise?

**Der lange Lulatsch:** Die was?

**Die Dicke:** Die Pony-Preise. Im Sommer muss Nigge doch ein Pony für seine Kinder kaufen.

**Oma Lilo:** Genau. Familienzusammenführung. Wird auch Zeit nach anderthalb Jahren, die Papa dann schon allein in der ach so kinderfreundlichen Provinz verbringt. Und man glaubt gar nicht, wie schnell Kinder erwachsen werden. Noch ein Jahr und sie wollen ein Pferd.

**Die Dicke:** Unsere Führungskräfte pendeln halt gern. Der Direktor unseres Heimatmuseums lebt in Hamburg, die Kulturdezernentin in Hannover. Und Stadtwerke-Edathy? Lebt der nicht noch in Langenhagen?

**Der lange Lulatsch:** Immerhin ist der Chef der Gedenkstättenstiftung nach Celle gezogen.

**Die Dicke:** Und überraschenderweise sind Mendes noch nicht weg.

**Oma Lilo:** Aber wenn Celle sich endlich zu Klein-Köln entwickelt, dann steigt vielleicht die Attraktivität auch für Führungskräfte.

**Die Dicke:** Aber von seinem von Henriette Reker abgeschriebenem Programm hat Nigge ja noch nicht viel angepackt, oder?

**Klein Jonas:** Der Abitur-Umzug war wieder auf dem Großen Plan.

**Der lange Lulatsch:** Oh wow! Ein Politiker, der Versprechen einlöst. Aber täuscht euch nicht. Es gibt eine Wende in der Wohnungsbaupolitik: Neubaugebiete am Stadtrand, noch dazu am nördlichen, wo sich die jungen Familienväter und -mütter dann durch die Stadt quälen müssen, wenn sie nach Hannover pendeln.

**Die Dicke:** Und deshalb brauchen wir die Ostumgehung.

**Oma Lilo:** Das Zauberelexier für alles. Und wenn sie in vielleicht zehn Jahren doch gebaut sein sollte, muss sich eigentlich der PKW-Individualverkehr um die Hälfte reduziert haben. Und E-Mobilität, auf die sie schwören, macht bekanntlich keinen Lärm, so dass ein weiteres Argument für die Ostumgehung wegfallen würde. Egal, Hauptsache Asphalt.

**Oma Lilo:** Aber was ist so dramatisch an Neubaugebieten. Die Logik ist doch: Mit der Realisierung des Traums vom eignen Haus ziehen wir junge Familien oder halten sie wenigstens.

**Der lange Lulatsch:** Unter Mende war die Linie, Altbestand aufwerten und Neubau nur auf freien Flächen – also Verdichtung. Gewollt oder ungewollt auch ein ökologisches Programm. Für die Zukunftsfähigkeit der Stadt sind Neubaugebiete ein Alptraum.

**Die Dicke:** Du hast immer noch nicht erklärt warum?

**Der lange Lulatsch:** Ganz allgemein selbstverständlich das Problem der Bodenversiegelung. Konkret aber bedeutet es, dass wir in den 50er und 60er-Jahre-Eigenheimsiedlungen Leerstände bekommen. Altbestand, der sich nicht zu akzeptablen Preisen verkaufen lässt. Und das hat dann mittelfristig Auswirkungen fürs ganze Quartier.



**Die Dicke:** Sonst hat er aber nicht so viel verkehrt gemacht, der Nigge.

**Klein Jonas:** Wer nichts macht, macht nichts verkehrt.

**Der lange Lulatsch:** Abgesehen davon, dass auch der Satz nicht stimmt. Die Technokraten haben im Rathaus das Regiment übernommen. Der Mangel wird verwaltet, es regiert das neoliberale TINA-Prinzip: „There Is No Alternative.“

**Der Besserwisser:** Und alles mit Unterstützung der AfD. Aber das registriert in unserem verschlafenen Städtchen ja kaum jemand. Der bürgerliche Block hat keine eigene Mehrheit, aber immer, wenn's drauf ankommt, können sich Nigge und die CDU auf die Völkischen verlassen.

**Oma Lilo:** Stille Hochzeit halt. Was wäre die Alternative?

**Die Dicke:** Das Ganze nennt sich Kommunalpolitik. Der Rat entscheidet über die grundlegenden Ziele der Entwicklung der Kommune. Das sollte man nicht dem Zufallsgenerator überlassen.

**Der lange Lulatsch:** Mende hat auch mit einer heimlichen GroKo gearbeitet.

**Die Dicke:** Ja. Aber selbst da, wo er am Ende keine Zustimmung bekommen hat, hat er sich vorab um die Herstellung von Mehrheiten bemüht – z.B. bei der Frage der Straßennamensumbenennungen. Und ich finde, das macht Nigge nicht, sondern er verlässt sich auf die AfD.

**Oma Lilo:** Nochmal gefragt: Was wäre die Alternative?

**Die Dicke:** Nigge und die CDU müssten sich um eine Mehrheit ohne AfD bemühen. Dann ist es egal, ob auch die AfD zustimmt.

**Oma Lilo:** Also irgendein Bündnis schmieden.

**Die Dicke:** Ja, eine Art Koalition. Und das ginge am einfachsten sicher mit der SPD, denn dann müssten auch keine Zugeständnisse mehr in Richtung Unabhängige gemacht werden. Aber wenn sich die CDU vom Bündnis mit den Unabhängigen verabschieden würde, wäre vielleicht sogar mit der Gruppe Grüne/WG/Partei möglich, ein halbwegs konsistentes Programm für die nächsten vier Jahre zusammenzuschneiden.

**Der lange Lulatsch:** Wenn sie Nigges Kölner Programm zugrunde legen mit Sicherheit.

**Die Dicke:** Im anderen Fall werden Nigge und die CDU Stück für Stück abhängig von der AfD. Wenn sie das wollen, sollen sie's machen. Aber bitte nicht länger als stille Hochzeit. Und sie müssten in Kauf nehmen, dass sie erstens eine völkische Partei aufwerten, was nicht gerade Merkel-Kurs ist, und zweitens dafür sorgen, dass mindestens dreimal in der Woche Schweinefleisch auf den Tisch kommt.

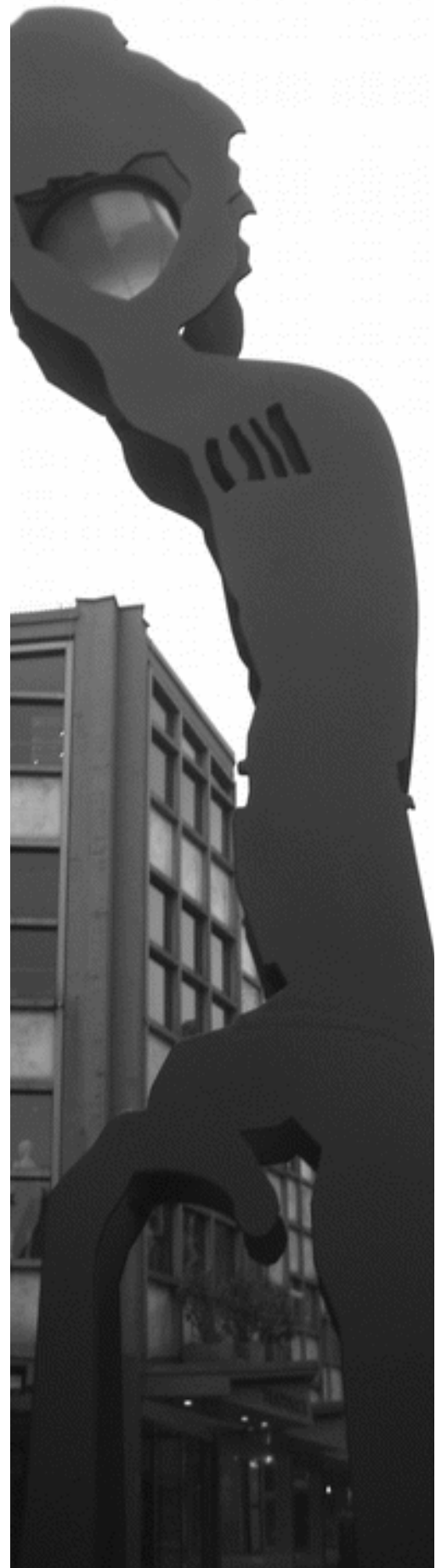
**Oma Lilo:** Warum passiert nichts davon?

**Die Dicke:** Nigge hat offensichtlich null politische Erfahrung und genausowenig politisches Gespür.

**Der lange Lulatsch (hämisches):** Das hat er ja auch in seinem Wahlkampf betont, also: kein Politiker zu sein.

**Die Dicke:** Das beste Beispiel war die Haushaltssitzung. Er – und ich glaube es ihm fast – hat nicht verstanden, warum einige Fraktionen seinem „alternativlosen“ Haushalt nicht zugestimmt haben. Aber warum sollten sie einem Sparhaushalt zustimmen, wenn sie nichts dafür bekommen? Und sei es nur das Versprechen, dass die Jugendhilfefinanzierung mit dem Landkreis neu verhandelt wird.

**Der Besserwisser (grinsend):** „Gebt der Politik das Kommando“, meinte schon der große Steuermann.



## And the winner is: Rheinmetall

Seit dem Jahr 2006 verleiht ethecon - Stiftung Ethik & Ökonomie jährlich zwei internationale Preise – den Internationalen ethecon Blue Planet Award und den Internationalen ethecon Black Planet Award.

Mit dem Internationalen ethecon Blue Planet Award werden Menschen geehrt, die in herausragender Weise menschliche Ethik im Spannungsfeld Ethik und Ökonomie schützen und verteidigen und sich derart für den Erhalt und die Rettung unseres Blauen Planeten einsetzen.

Mit dem Internationalen ethecon Black Planet Award werden Personen geschmäht, die in schockierender Weise menschliche Ethik im Spannungsfeld Ethik und Ökonomie mit Füßen treten und derart den Ruin und die Zerstörung unseres Blauen Planeten betreiben hin zu einem Schwarzen Planeten.

Die Stiftung brandmarkt mit dem Internationalen Black Planet Award 2017 Armin Papperger (Vorsitzender des Vorstands) und Ulrich Grillo (Vorsitzender des Aufsichtsrats) sowie die Großaktionäre Larry Fink (Vorstandsvorsitzender BLACKROCK Inc.) und Paul Manuca (Vorstandsvorsitzender PRUDENTIAL PLC) des Rüstungskonzerns RHEINMETALL (Deutschland).

ethecon prangert sie an, weil sie beispielhaft Krieg, Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen, Zerstörung der Natur und sozialem Elend zu verantworten haben. Am 18. November 2017 fand in Berlin die offizielle Preisverleihung statt (siehe Foto unten). Die Schmähere hielt Otfried Nassauer, Friedensforscher vom Berlin Information Center for Transatlantic Security (BITS). Im folgenden Auszüge aus dem Offenen Brief an die Preisträger:

Die genannten Personen agieren rücksichtslos, durchtrieben, von niederen Motiven geprägt und einzig zum persönlichen Vorteil. Sie nehmen für ihre Macht- und Profit-Interessen bedenkenlos den Untergang des Plane-

ten als Schwarzer Planet in Kauf. Sie zeigen das, was gemeinhin Skrupellosigkeit und Egoismus genannt wird.

Die Preisträger werden mit dem Internationalen Black Planet Award 2017 geschmäht und persönlich gebrandmarkt. Stellvertretend für alle, die den „Blauen Planeten“ gefährden bzw. dessen Untergang zu einem „Schwarzen Planeten“ heraufbeschwören. Ihre Schmähung soll ihnen selbst und uns allen Warnung und abschreckendes Beispiel sein.

Entsprechend versteht sich der Internationale ethecon Black Planet Award 2017 auch als Mobilisierung für den Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz bzw. für den Widerstand gegen Kriegstreiberei, Ausbeutung und Umweltzerstörung. Er soll die Öffentlichkeit sensibilisieren und aufmerksam machen, die Zusammenhänge und die Verantwortlichen aufdecken, sowie den Widerstand gegen Umweltzerstörung, Krieg und Ungerechtigkeit stärken.

Kuratorium und Vorstand von ethecon stützten sich bei ihrer Entscheidung auf Nachrichtenmeldungen, auf die in der Öffentlichkeit teilweise schon seit Jahren bekannten Fakten, auf die von JournalistInnen in aller Welt zusammengetragenen Informationen, auf öffentlich vorliegende Dokumente, auf Ermittlungen von Regierungsstellen und AktivistInnen der sozialen Bewegungen in verschiedenen Ländern und nicht zuletzt auf die von RHEINMETALL Group/AG veröffentlichten Materialien.

Aus der Fülle der im Nominierungsverfahren recherchierten Fakten seien beispielhaft genannt:

Im militärischen Bereich, der in zynischer Weise als „Defence“ (Verteidigung) bezeichnet wird, versteht sich der Konzern als für die Bundeswehr und die NATO „zuverlässiger Partner“, die längst Offensiv- und Eroberungsarmeen sind.

Foto: Salossi-Fotografie





Von links nach rechts: Ulrich Grillo, Larry Fink, Paul Manduca und Armin Papperger

(Grillo und Fink CC BY-SA 3.0 Rudolf Simon und Wilson Center)

Darüber hinaus hat RHEINMETALL in den letzten Jahrzehnten immer wieder neue Strategien entwickelt, um die nach Ansicht des Konzerns zu restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik zu umgehen. In wichtigen Ländern hat der Konzern deshalb Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen aufgebaut. Natürlich kann RHEINMETALL von dort aus alle Krisenregionen der Welt ungehindert von Exportregulierungen oder gar –verboten besser beliefern. Skrupel sind den Entscheidern bei RHEINMETALL offenbar unbekannt.

Das „Geschäft mit dem Tod“ war von Firmengründung an das wichtigste Standbein des Unternehmens RHEINMETALL. Es boomte in den beiden Weltkriegen, und in den Zeiten davor.

RHEINMETALL gehörte schon früh zu jenen Firmen, die bereit waren, die mit den Siegermächten des 1. Weltkrieges vereinbarten Rüstungsbeschränkungen zu umgehen und zu brechen.

Während des 2. Weltkriegs gehörten die RHEINMETALL-Borsig AG zu den Reichswerken Hermann Göring und lieferten der Wehrmacht eine sehr große Spannbreite an Waffen und Munition. Ab 1941 geschah dies auch durch den Einsatz von Zigtausenden ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und auch KZ-Insassen. RHEINMETALL bestreitet nach wie vor eine rechtliche Verpflichtung dazu, frühere ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen.

Nach dem Krieg reprivatisiert, wartete RHEINMETALL nur wenige Jahre, bis der Konzern wieder in die Rüstungsproduktion einstieg. Während große Teile der Bevölkerung den Ruf „Nie wieder Krieg“ ernst nahmen und Deutschland als einen friedlichen, demokratischen Staat aufbauen wollten, trug RHEINMETALL zur Wiederbewaffnung bei. Und schon ab 1960 erfolgten wieder Rüstungsexporte erheblichen Umfanges, darunter später mehrfach illegale Lieferungen beispielsweise nach Südafrika, Argentinien und Saudi-Arabien.

Dabei schreckt der Konzern auch nicht davor zurück, Standorte in Krisen- oder Kriegsgebieten mit aufzubauen und mit Regierungen zu kooperieren, die massiv in Men-

schenrechtsverletzungen verstrickt sind oder gar Krieg führen. Die MENA-Region, also der Nahe und Mittlere Osten sowie Nordafrika, liefert die deutlichsten Beispiele.

RHEINMETALL beliefert kriegführende Länder. Die RHEINMETALL-Tochter RWM Italia beliefert seit Jahren Bomben und Bauteile für Bomben in großem Umfang an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die im Jemen Krieg führen. Die gelieferten Bomben wurden nachweislich im Jemen eingesetzt und der Einsatz dokumentiert. Im vergangenen Jahr genehmigte Italien RWM-Italia weitere Lieferungen im Wert von insgesamt 411 Mio. Euro.

RHEINMETALL Denel Munition, eine von RHEINMETALL geführte Gemeinschaftsfirma in Südafrika, beliefert die kriegführenden Staaten Saudi Arabien und die Emirate mit Mörser- und Artilleriemunition und baut oder unterstützt dort Fabriken für die Munitionsherstellung.

RHEINMETALL beliefert Regierungen, die die Menschenrechte und Demokratie missachten.

Wiederholt haben RHEINMETALL-Firmen autokratisch regierte Länder wie Saudi-Arabien oder Bahrain mit tödlicher und nicht-tödlicher Munition für die Polizei- und Sicherheitskräfte beliefert.

RHEINMETALL bricht politische Tabus beim Rüstungsexport. Zusammen mit dem Hauptauftragnehmer Krauss Maffei Wegmann und der Bundesregierung hat RHEINMETALL ein jahrzehntealtes Tabu der deutschen Rüstungsexportpolitik gebrochen: Katar erhielt als erstes Land auf der arabischen Halbinsel moderne Kampfpanzer des Typs Leopard 2 und Panzerhaubitzen aus Deutschland. Beide Firmen hofften, unter Verweis auf diesen Präzedenzfall die Genehmigung für weitere Panzergeschäfte auf der arabischen Halbinsel durchsetzen zu können.

RHEINMETALL unterbindet Korruption bei der Geschäftsanbahnung nicht. Um an lukrative Rüstungsexportaufträge zu bekommen, verstößt RHEINMETALL offenbar auch gegen Recht und Gesetz. Bestechung eb-

net den Weg zu neuen Aufträgen. 2014 musste RHEINMETALL zugeben, dass bei Exporten von Luftabwehrsystemen und Feuerleitsystemen für Panzer nach Griechenland Mitte der 2000er Jahre Schmiergeld von der Bremer RDE nach Griechenland geflossen ist. Der Konzern akzeptierte eine Buße von mehr als 40 Mio. Euro.

RHEINMETALL will schamlos Lücken im deutschen Exportrecht nutzen. Aus Südafrika wird Munition exportiert, die ohne Technologierechte aus Deutschland auskommt und vor Ort entwickelt wurde. In der Türkei ist Ähnliches geplant. Ein Joint Venture mit türkischen Partnern soll Munition produzieren, ein anderes – mit türkischen, katarischen und malayischen Partnern - gepanzerte Fahrzeuge.

RHEINMETALL entsendet Ingenieure, die vor Ort nationale Technologierechte entwickeln sollen. Genutzt wird eine rechtliche Lücke: Genehmigungspflichtig ist eine solche technische Unterstützung nur, wenn sie in Embargoländern stattfindet.

RHEINMETALL nutzt ehemalige Politiker und Wirtschaftsführer als Lobbyisten und als Türöffner. Zwei ehemalige Bundesminister stehen derzeit in Diensten des Konzerns: Der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) ist jetzt im Aufsichtsrat. Ex-Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) ist bereits seit Anfang 2015 für RHEINMETALL tätig.

In erster Linie verantwortlich für Entscheidungen und Handeln des Rüstungskonzerns RHEINMETALL (Deutschland) sind beispielhaft Armin Papperger (Vorsitzender des Vorstands) und Ulrich Grillo (Vorsitzender des Aufsichtsrats) sowie die Großaktionäre Larry Fink (Vorstandsvorsitzender BLACKROCK Inc.) und Paul Manduca (Vorstandsvorsitzender PRUDENTIAL PLC). Ihnen gehört der Konzern zu wesentlichen Teilen. Sie leiten entscheidend die Firma. Auf ihr Konto gehen der Ruin der menschlichen Gesundheit und die Zerstörung der Umwelt im großen Stil, ja selbst der Tod vieler Menschen. Sie stellen nicht nur eine Gefahr für den Frieden und die Menschenrechte dar, sondern auch für die Demokratie, die Ökologie und die Menschheit insgesamt. Sie handeln zum Vorteil persönlicher Macht und privater Bereicherung. Dafür treten sie Moral und Ethik mit Füßen und nehmen den Untergang der Erde als Schwarzer Planet in Kauf.

ethecon sieht im Handeln von Armin Papperger (Vorsitzender des Vorstands) und Ulrich Grillo (Vorsitzender des Aufsichtsrats) sowie der Großaktionäre Larry Fink (Vorstandsvorsitzender BLACKROCK Inc.) und Paul Manduca (Vorstandsvorsitzender PRUDENTIAL PLC) des Rüstungskonzerns RHEINMETALL (Deutschland) einen schockierenden Beitrag zu Ruin und Zerstörung unseres Blauen Planeten. Für diese erschreckende Missachtung und Verletzung menschlicher Ethik schmäht ethecon - Stiftung Ethik & Ökonomie die genannten Verantwortlichen von RHEINMETALL mit dem Internationalen ethecon Black Planet Award 2017.



Foto: Salossi-Fotografie

Kathrin Petz von Urgewald begrüßte in einem Redebeitrag die Verleihung des ethecon Black Planet Awards an die Verantwortlichen von RHEINMETALL für ihre Verbrechen und nahm symbolisch die Preistrophäe in Empfang. Sie versprach, dass den Preisträgern die Trophäe zu einem geeigneten Zeitpunkt in öffentlichen Aktionen überbracht werden wird.

Der Internationale ethecon Blue Planet Award 2017 ging übrigens an die Umwelt- und Friedensaktivistin Hanna Poddig, die wir hier wahrscheinlich nicht weiter vorstellen müssen.

Auf der Internetpräsenz von ethecon finden sich alle Reden und auch noch ein Hintergrund-Papier zu Rheinmetalls Geschichte und Gegenwart, das wir im nächsten Heft dokumentieren: <https://www.ethecon.org/de/2649>



Sonst immer vorne mit dabei, wenn's um Berichte über heimische und hiesige Industriebetriebe, MdB und MdL geht, las man/frau in der CZ von diesem 43-minütigen Filmbeitrag über die Geschäfte der Fa. Rheinmetall (Sendung in der ARD am 15.01.2018) nix, weder vorher noch nachher. Zu gucken gibt's ihn noch eine Zeitlang in der ARD-Mediathek (oder dann auch bei youtube).

\*\*\*

Der nächste Celler Trialog findet übrigens am 24. und 25. Mai statt, wieder in der CongressUnion.

# Neue Zeiten im bbk Celle

## Die 71. Jahresausstellung

Mit einer furiosen Eröffnung begann die 71. Jahresausstellung des bbk Celle in der Gotischen Halle. Kaum hatte der Vorsitzende Norbert Diemert seine Begrüßungsrede beendet, stürmte der Schloßtheater-Schauspieler Thomas Wenzel in die Halle und stellte die einzelnen Werke - auf zunächst etwas verstörende Weise - dem irritierten Publikum vor, welches erst nach geraumer Zeit begriff, dass es sich hier um eine Performance und nicht etwa um einen Störaktion handelte. Eine hübsche Überraschung jedenfalls, hob sich doch diese Veranstaltung schon gleich mal von den vorausgegangenen Jahresausstellungen ab. So wurde die Vorstellung der Künstler\*innen und ihrer Werke zu einem überaus unterhaltsamen Ereignis.



Jens Hemme, "Die Landbesteller", 30x30cm, Acryl auf Leinwand, 2017

Neu auch der Vorstand: 1. Vorsitzender ist Norbert Diemert, zum 2. Vorsitzenden wurde Jens Hemme gewählt. Es wurde von der guten Vernetzung mit dem Bundes- und Landesverband berichtet, der Zusammenarbeit mit dem bbk Uelzen, außerdem konnte der bbk Celle mehrere neue Mitglieder aufnehmen, die den Altersdurchschnitt doch erheblich senken.

Das Thema für diese Gemeinschaftsausstellung war vorgegeben: „Kunst mit Nebenwirkungen“, und, ebenfalls neu, es konnten dazu nur Arbeiten aus den Jahren 2016/17 eingereicht werden, die darüber hinaus zuvor noch nicht ausgestellt gewesen sein durften. Ein strengeres Reglement also, allerdings mit dem erfreulichen Ergebnis, dass es nicht hieß: „Oh, kuck mal, schon wieder das Gemälde, ah, und dieses Objekt von vor 3 Jahren!“



Ingried Ch. Meyer, "Nebenwirkungen nicht ausgeschlossen", Blister/Papier, 2016

Der neuen Lichttechnik in der Gotischen Halle und der professionellen Arbeit des „Hängekomitees“ ist es zu verdanken, dass diese Ausstellung mit ihren Gemälden, Skulpturen, Installationen und Fotos zu einem beeindruckenden Gesamterlebnis wird, es ist der frische Wind zu spüren, der mit den Mitgliedern zu dieser 71. Ausstellung durchs Schloss weht.

Schon in dieser Woche wurde die Jahresausstellung von mehr als 1000 Menschen besucht (Redaktionsschluss 19.01.2018)

Nicht so gut: Die Ausstellung endet am 28. Januar 2018. Ziemlich gut: Ein Besuch der neuen Homepage des bbk Celle: [bbk-celle.de](http://bbk-celle.de). Hier werden alle Künstler\*innen mit ihren Werken vorgestellt und es lassen sich all deren Aktivitäten verfolgen. Und verkürzt die Wartezeit auf die 72. Jahresausstellung.

### Im Wald und auf der Heide # 19

#### Das Schaf

Die Cellesche Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 15.12.2017 über die Sichtung eines Wolfes in Winsen/Aller in der Nähe einer KiTa.

Dazu Raoul Reding, Wolfsbeauftragter der Landesjägerschaft: „[...] ein Tier, das aussieht wie ein Wolf.“ Um sich dann im nächsten Satz festzulegen: „Es ist sehr wahrscheinlich ein Wolf.“ Und Volkhard Pohlmann, Wolfsberater aus Groß Hehlen meint: „Es kann ein Wolf sein, muss es aber nicht.“

Ja, was denn nun? Wir meinen: Es handelt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um eine AfD-Wählerin, die an der jüngst ausgerufenen Kampagne „Wir werden sie jagen - Wölfe ins Jagdrecht aufnehmen!“ teilnimmt.

Wolf oder Mensch? Diese Frage stellt sich auch bei unserer Illustration – oder?



## Leserbrief von Oskar Ansell

# Mach Dich vom Acker, Alter!\* Oder was?

Erstaunt lese ich im 87. Heft der „revista“ vom Nov./Dez. 2017, das im Titel wirkungsvoll mit dem Albrecht-Thaer-Denkmal und der Frage aufmacht, ob er den Koffer packen muss und abziehen, lese den Artikel dazu auf der Seite 10: No more heros any more und denke mir spontan, hoch lebe der Durchschnitt, Kampf den Eliten, esst Scheiße, denn eine Million Fliegen können nicht irren. Doch, das zu denken, ich gebe es zu, ist allzu pointiert, etwas dumm und kann falsch verstanden werden.

Abgesehen davon, dass der Artikel keine, jedenfalls für mich nicht nachvollziehbare, klare Position bezieht und sich polemisch gibt, als einen Helden habe ich den Thaer eigentlich nie gesehen. Eine mir völlig neue Sichtweise, interessant. Er dürfte sich selber wohl auch nicht als Held begriffen haben und die Gestalter und Befürworter, Förderer usw. ihn auch nicht. Da war ehrendes Angedenken, Wertschätzung im Spiel. Helden waren zu der Zeit, also noch vor 1870/71 und später erst recht, von ganz anderem Format. Thaer gehört eher zu den Pflugscharen, als zu den Schwertern, will mir scheinen. Aber in diesem Fall ist die neue Celler Superintendentin sicher kompetenter, sie rüstet rhetorisch leicht missverständlich wieder auf, denn sie packt die Schwerter, eine militante, rechthaberische Rhetorik wieder aus, wenn auch für eine gute Sache umgedeutet: Neues Testament, Matthäus 10, Vers 34-39. Kurz und widersprüchlich aus Jesu Mund zitiert: Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert. Auch so ein Held!



Doch zu Albrecht Thaer. Thaer war, um das kurz aufzufrischen, 30 Jahre Arzt in Celle und zu einer Zeit, in der er für diese Stadt durchaus segensreich (nach seinem Vater) gewirkt hat. Dafür allerdings hat die Stadt, schofelig wie sie war und ist, nie jemanden auch nur eine einzige Gedenktafel gewidmet. Da gab es viele stille Celler „heros“, die das durchaus verdient hätten, schon vor Thaer (etwa Dr. Koeler!) und bis Credé-Hörder und manche danach, die „Euternasen“ (griffige Bezeichnung nach Wolfgang Neuss, hab ihn selig) Dr. Bunke & Co. mal ausgenommen.

Mit Thaer stand die Stadt auf keinem guten Fuß nachdem die Preußen den berühmt gewordenen Mediziner weggelockt, um die Ernährungsprobleme der Untertanen zu lösen und Humboldt ihn zum Professor an der frisch gegründeten Berliner Universität gemacht hatte. Seither taten sich die Celler schwer mit Preußen und Thaer. Als dann noch nach 1866 (Welfenland wird preußisch!) ein Denkmal aus Preußen gestiftet wird... das nun auch noch ein nicht ganz unbedeutender Künstler geschaffen hat, wenn auch gebürtiger Celler, sogar ein Ehrenbürger und das Gebilde auch bildhauerisch/künstlerisch nicht ohne Wert, ja zudem schützenswert ist, dann haben wir eine pikante Ausgangslage. Aspekte, die der revista-Polemik kein Wort wert sind. Ich will daraus keine Schlussfolgerungen ziehen.

Weiter: Thaer kannte die Probleme der Bauern bis auf die Knochen genau, die in der Regel arm waren, weil sie die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Landbaues nicht kannten. Thaer kannte sie auch nicht, doch er experimentierte, nutzte seine wissenschaftlichen Kenntnisse, lernte und gab seine Erkenntnisse und Erfahrungen weiter. Er leistete etwas für die Mitmenschen, niemand hatte ihn dazu aufgefordert, auf eine Weise, die ihn durchaus über den Durchschnitt – der Eliten seiner Zeit – heraushob. Ich habe es immer als befreiend empfunden, wenn in der Öffentlichkeit auf Kunst, Kultur, Wissenschaft und humanes Denken und Handeln aufmerksam gemacht wurde, im Gegensatz zu allerlei Kriegerdenkmalerei. Dort sehe ich die heros viel eher angesiedelt.

Mir ist der abschätzige Blick auf das Thaerdenkmal, den sich die „revista“ genüsslich zulegt und mit einer Polemik verbrämt, ein wenig kleingeistig und kleinkariert. Der Impuls, die Lage der Armen und Hungernden zu verbessern, woran Thaer maßgeblich und bewusst mitgewirkt hat, ist aller Ehren wert. Die Linie von ihm zu den Missbräuchen und gegenwärtigen Überdüngungen, Massentierhaltungen und Pestizideinsätzen zu ziehen und Thaer zum Parteigänger der kapitalistischen Moderne zu erheben, auch wenn er diese Entwicklungen nicht ahnen konnte, das ist schon starker Tobak. „Die privaten Gewinninteressen des Wirtschaftenden“ bedeutete, dass jeder Bauer aus seinem Land das erwirtschaften kann, um nicht nur von der Hand in den Mund zu leben, um überhaupt wirtschaften zu können, ja, durchaus mit Gewinn. Tobak, mit diesem Klippschul-Geschichtsverständnis ist die gesamte Wissenschaftsgeschichte mit einem Federstrich erledigt. Ich mag mir nicht vorstellen, dass in der „revista“ bei längerem Nachdenken auch weiterhin noch so formuliert wird. Die verantwortungsvolle, sowohl ökologisch wie ökonomisch gesehen, Ernährung der Weltbevölkerung ist und bleibt ein großes Thema und Albrecht Thaer ist darin ein „Pionier“ gewesen.

Auf der einen Seite „gegen das Vergessen“ stehen und auf der anderen Seite problemlos Geschichte leichthin entsorgen, das passt nicht zusammen. Die „revista“, die „CZ“ und viele andere Celler & Cellenser finden sich auf einer Seite wieder, finden das Gewese um Thaer bestenfalls „albern“. Ganz so albern ist das nicht, denn die für Denkmalschutz zuständige Landesbehörde in Hannover ist auf den Stand der Dinge auf dem Thaerplatz aufmerksam geworden. Die zuständige Celler Behörde wird handeln müssen und wir werden sehen. Den Koffer wird er nicht nehmen müssen, den er in einer witzigen Titelblatt-Montage der „revista“ hält, obwohl er mit den fehlenden Fingern den Koffer gar nicht halten kann, nein, er muss ihn nicht nehmen, denn er hat schon einen Koffer in Berlin und in Möglin.

Gelungen an der Polemik, die auf dem Plappergrund der CZ-Gesellschaft aufgelaufen ist, gelungen ist die Zuordnung Uwe Seelers zu der Geistesgröße Immanuel Kants und des Bonner Musikgenies Ludwig van Beethoven. Warum die „linke zeitung für politik und kultur in celle“ aber so herzlich wenig Sinn für Kultur und Solidarität für einen in Celle sehr vernachlässigten praktischen Wissenschaftler und pfiffigen Kopf aufzubringen vermag, das mag man in der Redaktion sich selber beantworten, mich wundert es schon etwas.

\*Frei nach Friedrich von Schiller, Kabale und Liebe (Ferdinand)

OSKAR ANSULL, Berlin

Anmerkung der Redaktion: Auch nach nicht allzu langem Nachdenken bleiben wir bei der These, dass die „rationelle Landwirtschaft“ den Weg zur „industriellen Landwirtschaft“ öffnen sollte und musste. Dass Letztere Ernährungssouveränität auf unserem Planeten gerade nicht gewährleistet, ist mehr als eine These. Und der Hinweis darauf, dass das Thaer-Denkmal ungeputzt ein schöner Indikator für die Luftverschmutzung ist, der an dieser Kreuzung Menschen ausgesetzt sind, halten wir weiter des Nachdenkens wert.



## Denkmal beeinträchtigt Denkmalwert

Die SPD-Ratsfraktion hatte im September 2017 die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob für das Thaer-Denkmal ein geeigneter Alternativstandort gefunden werden könne. Sie brachte den ehemaligen Standort im Schlosspark ins Spiel. Die Antwort der Verwaltung hat eine nicht unbeträchtliche humoristische Fallhöhe und sei deshalb zitiert:

„Der Schlosspark ist als Standort nicht geeignet. Die Parkanlage ist denkmalgeschützt und ein neues Denkmal würde eine Beeinträchtigung des Denkmalwertes bedeuten. Der Bereich, wo das Denkmal früher stand, wurde vor einigen Jahren gemäß dem historischen Leitbild wiederhergestellt (Rekonstruktion der Wegeführung). Auch die anderen Parkanlagen sind als alternativer Standort weniger gut geeignet. In den Triftenanlagen stehen schon zahlreiche Denkmäler. Thaers Garten ist als potentieller Standort natürlich naheliegend, aber das würde dem Denkmal inhaltlich nicht gerecht werden.“ Und weiter: „Die Diskussion über den zukünftigen und dauerhaften Standort des Denkmals sollte mit der Umgestaltung des Thaer-Platzes und des Kreuzungsbereiches Hannoversche Str./B3/Triftenanlagen/Mühlenstraße nach Realisierung der Ortsumgehung B3 neu verbunden werden.“

## Neuer Roman von Cornelia Sziget

Nach drei Regionalkrimis und dem Zukunftsroman „Oenothera“ thematisiert die Celler Autorin Cornelia Sziget in ihrem neuen Roman „Damiana“ die brutalen Auswirkungen kapitalistischer Globalisierung.

Landraub und Gewalt prägen das Leben Damianas in Südamerika von Kindheit an. Überlebensenergie schöpft sie aus der Erinnerung und der Hoffnung auf Gerechtigkeit. Parallel erzählt Cornelia Sziget am Alltag der Apothekenhelferin Bianca, wie unsere imperiale Lebensweise die Ausbeutung und Unterdrückung im Süden spiegelt. Als die beiden Frauen zusammentreffen, ist für Damiana fast alles verloren. Aber auch in Biancas Leben wird nichts mehr sein, wie es einmal war.

Geschickt verschränkt der spannende Roman unterschiedliche Zeitebenen und Perspektiven. Wenn diese am Ende zusammengeführt werden, ist unübersehbar, was die Öffnung der „Büchse der Pandora“ angerichtet hat. Aber eine kleine Hoffnung lässt die Autorin ihren Leserinnen und Lesern.

Cornelia Sziget: Damiana - Vor uns nichts, hinter uns ein Leben. Edition winterwork, 524 Seiten, ISBN: 978-3-96014-394-9, 19,90 EUR



## Kein Asterix der Sprachkritik

In diesem „Spot(t)licht“ versucht Meinrenken mit einer Schenkelklopffatacque aus dem Verdummungshinterhalt die Leser\*innn davon zu überzeugen, dass Bemühungen um eine diskriminierungsfreie Sprache schnell ad absurdum zu führen seien.

[...] Dass der Schreiberling mit und ohne Asterisk [1] nicht unbedingt ein Asterix der Sprachkritik ist, kann man ja hinnehmen, was in dieser Glosse aber aufstößt, ist die Arroganz, die plumpe Ahnungslosigkeit und eine wohlfeile Art der Intellektuellenfeindlichkeit.

Zu wissen wäre gewesen: Zum einen hat das (einleitende) Marxzitat nichts, aber auch gar nichts mit geschlechtergerechter oder politisch korrekter Sprache zu tun. Marx' Ansatz ist materialistisch, er geht von dem gesellschaftlichen Sein aus, welches das Bewusstsein bestimmt. Der angesprochene sprachwissenschaftliche Ansatz basiert auf der Sapir-Whorf-Hypothese, dass Sprache das Denken forme, und ist somit ein idealistischer Ansatz – gegensätzlicher geht es kaum. [...]

Logisch zu erschließen wäre gewesen, dass bei der Vorannahme eines zur Abwertung führenden Suffixes –ling, der „Liebling“ dann logischerweise nicht zu positiv („Ist das nicht viel zu positiv besetzt?“), sondern höchstens negativ besetzt sein könnte - abgesehen davon, dass dieses Wort auf der Erotikskala der Kosewörter kurz vor Tiernamen und Mutti rangiert. Meinrenkens Frau freut sich sicherlich mehr, wenn er sie meine Geliebte nennt (ohne gedoppeltes „te“) oder einfach Liebste: keine Abwertung, keine Verniedlichung, kein generisches Maskulinum.

Ernst zu nehmen wäre, dass Sprache und Macht eng miteinander verknüpft sind. Die aus der feministischen Sprachkritik stammende Forderung nach einer genderneutralen Sprache hat eine bis in die 70er Jahre reichende Historie, in der anfangs die Sichtbarmachung von Frauen (Student/innen, StudentInnen oder Student\_innen) und später daneben auch die geschlechtsneutralen Formulierungen (Studierende, Student\*, Studentx) gefordert wurden, die zusätzlich Menschen einschließen, die sich nicht dem männlichen oder weiblichen Geschlecht verorten. Zudem handelt es sich hier (lediglich) um Markierungen in der Schriftsprache.

Zu recherchieren wäre gewesen, aus welchen Gründen das Wort Flüchtling denn tatsächlich ersetzt werden sollte - immerhin ist es einige hundert Jahre alt und stellt auch einen historischen Kontext zu Menschen her, die in der NS-Zeit

Deutschland verlassen mussten. Ohne in das linguistische Detail zu gehen, denn nicht am Suffix –ling allein liegt die Abschätzigkeit, ist es vielmehr die selbst in großen Medien verbreitete Kombination dieser Bezeichnung mit Wörtern negativen Bedeutungsgehalts wie Flüchtlingswelle, Flüchtlingsströme, Flüchtlingskrise, mit denen die Gefahr einer Naturkatastrophe heraufbeschworen wird, gegen die man sich schützen müsse. Mit den Bezeichnungen Geflüchtete oder Schutzsuchende (engl. Refugees) ist dies nicht ohne weiteres möglich. Dass solche sprachlichen Bilder, die sog. Frames, innere Bilder entstehen lassen und auch Verhaltensweisen bzw. Einstellungen hervorrufen, weist die konstruktivistische Medienwirkungsforschung bereits seit einigen Jahren nach. [2]



SPOT(T)

### Genderix

„Das Sein bestimmt das Bewusstsein.“ Nach diesem verkürzten Zitat von Karl Marx versuchen Gutmenschen und Genderexperten seit ein paar Jahren ihre Mitmenschen zu einem politisch korrekten Umgang mit der deutschen Sprache zu erziehen. Das leuchtet irgendwie ein: Jemand, der sagt: „Halt die Fresse“, ist garantiert anders drauf als jemand, der einen freundlich auffordert, jetzt doch bitte mal still zu sein.

So wurden zum Beispiel aus Studenten zunächst StudentInnen, dann Student\*innen oder Student\_innen und letztlich Studierende, bis das ganze in dem Vorschlag mündete, „Studierx“ zu schreiben, um die Nennung nur eines Geschlechts aus dem Sprachgebrauch zu tilgen.

Seit viele Menschen aus fremden Ländern bei uns Schutz suchen, haben die Sprachakrobatisierenden ein neues Feld entdeckt: Aus Flüchtlingen wurden Geflüchtete, eine Sprachregelung, der sich sogar der Celler Kreistag angeschlossen hat. Während viele nicht so bewusst lebende Deutschx sich fragen, wo denn da der große Unterschied liegen soll, heißt es zur Begründung, dass Flüchtling so abschätzig klinge - wie etwa Fiesling oder Feigling.

Spätestens an dieser Stelle fängt mein Hirn an, Karussell zu fahren, und ich überlege, ob ich meine Frau noch Liebling nennen darf. „Ist das nicht viel zu positiv besetzt? Muss es nicht eher Geliebte heißen?“, fragt sich Ihr Schreiberling, ah, Ihr Schreibender oder Schreibx Gunther Meinrenken.

Zu bedenken wäre gewesen, dass genau solche Frames auch in der o.g. Glosse eröffnet werden. Wenn „Gutmenschen“ und „Genderexperten“ versuchen Menschen zu erziehen, wenn „Sprachakrobaten“ „ein neues Feld“ entdecken, dann steckt dahinter das Bild einer Gesellschaft der Vielen („Während viele nicht so bewusst lebende Deutschx sich fragen“), welche von weltfremden, verdrehten Intellektuellen gegängelt werden. So wird ein Wir-Gefühl erzeugt derer, die zu bequem, ignorant und selbstgefällig sind, um zu differenzieren, sich über historische Hintergründe zu informieren und sich Unterschiede im Sprachgebrauch angemessen zu erschließen, die aber stattdessen über andere die Nase rümpfen. Was besonders bedauerlich ist, ist die damit einhergehende implizite Vorannahme einer breiten Zustimmung. Diese Intellektuellenfeindlichkeit hat gerade in Deutschland eine unselbige Tradition. Und sich des rechtspopulistischen Kampfbegriffs Gutmensch bedient, dem Unwort des Jahres 2015, ist ein No-Go.

Dies alles bildet eine unappetitliche Gemengelage aus Ressentiments, Ignoranz und Arroganz, die in den letzten Jahren in beängstigender Form um sich greift.

[1] Typografisches Zeichen in Form eines fünf- oder sechs-strahligen Sterns – Student\*innen.

[2] Wehling, Elisabeth: Politisches Framing, Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht, Köln 2016

siehe auch: [www.sprachlog.de/2015/12/12/fluechtlinge-zu-gefluechteten](http://www.sprachlog.de/2015/12/12/fluechtlinge-zu-gefluechteten)

Wir bedanken uns für diese Einsendung einer kritischen Leser\*in zum am 16.01.2018 in der CZ erschienenen Spot(t).



## 75 Jahre Auschwitz-Erlass

Anlässlich des 75. Jahrestages des sog. Auschwitz-Erlasses, der die reichsweite Deportation von Sinti und Roma in das KZ Auschwitz anordnete, findet in Hannover und Celle die Veranstaltungsreihe „75 Jahre Auschwitz-Erlass – Kontinuitäten des Rassismus gegen Sinti und Roma“ statt. Neben der Erinnerung an historisches Unrecht, behandelt diese auch die Kontinuitäten und die Gegenwart des Rassismus gegen Sinti und Roma.

Auch in Niedersachsen begannen Anfang 1943 Verhaftungen und Deportationen in das Vernichtungslager. Die rassistischen Denk- und Handlungsmuster waren jedoch mit Kriegsende 1945 keineswegs aus der Welt. Bis zur politischen Anerkennung des NS-Völkermords in Deutschland vergingen fast 40 Jahre. Dass es 1982 hierzu kam, ist ausschließlich dem lautstarken Protest der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma zu verdanken. Das 2012 eingeweihte Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas in Berlin steht symbolhaft für diese neue bundesdeutsche Geschichtspolitik.



Foto: Rolf Krahl / CC BY 4.0

Doch die neue Politik ist eng mit einer erneuerten Schuldabwehr verknüpft. Diese Dialektik aus Anerkennung und Abwehr zeigt sich aktuell vor allem am Umgang mit geflüchteten Roma aus den Westbalkanstaaten. Denn deren Festlegung als sichere Herkunftsstaaten verdeutlicht eine paradoxe Gleichzeitigkeit, die in der Anerkennung historischer Verfolgung bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber dem Rassismus besteht, vor dem Roma insbesondere aus Südosteuropa fliehen.

Die Veranstaltungsreihe ist ein Kooperationsprojekt der Rosa Luxemburg-Stiftung Niedersachsen und dem Modellprojekt „Kompetent gegen Antiziganismus (KogA) – in Geschichte und Gegenwart“ der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in Zusammenarbeit mit u.a. der Hochschule Hannover, dem Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover, dem Roma Antidiscrimination Network, dem Roma Center Göttingen, Romane Aglonipe e.V., der Volkshochschule Celle und der Volkshochschule Hannover.



### Ausstellung

#### Zur Situation abgeschobener Roma in den Westbalkanstaaten

Vom 23. Februar bis zum 13. März 2018 zeigt die Volkshochschule Celle in ihren Eingangsräumen in der Trift 20 eine Ausstellung des Roma Antidiscrimination Network. Im Zentrum stehen die Bleiberechtskämpfe von in Deutschland lebenden Roma und die Situation von aus Deutschland abgeschobenen Roma in den vermeintlich sicheren Westbalkanstaaten.

Seit die „Westbalkanstaaten“ zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt wurden, ist der Aufenthaltsstatus vieler in Deutschland lebender Roma gefährdet. Es kommt massenhaft zu Abschiebungen, Asylgesuche werden in Schnellverfahren als „*offensichtlich unbegründet*“ abgelehnt. Roma aus osteuropäischen Ländern gelten in Deutschland als Wirtschaftsflüchtlinge bzw. Asylbetrüger\*innen. Dabei wird weder berücksichtigt, dass gerade die Vertreibungen und Enteignungen von Roma während des Kosovokrieges, der mit deutscher Unterstützung geführt wurden, zu ihrer Flucht geführt haben, noch, dass es sich bei diesen Personen häufig um die Nachkommen von Holocaust-Opfern handelt. Die Folgen des Krieges und der Nationalismus der Mehrheitsbevölkerung machen es Roma unmöglich, in den Ländern Ex-Jugoslawiens ein sicheres Leben aufzubauen.

#### The Awakening – mit Kenen Emini

Eröffnet wird die Ausstellung am 23. Februar, 19 Uhr, mit dem Film „The Awakening“. Der Regisseur Kenan Emini (Roma Antidiscrimination Network) ist zu Gast und wird sich im Anschluss Fragen und Beiträgen stellen.

Der Dokumentarfilm beleuchtet in Momentaufnahmen die politische und die soziale Lage von Roma in Europa. Er zeigt den Kampf um das Bleiberecht, schildert die Folgen von Abschiebungen und macht deutlich, wie

Roma als „Wirtschaftsflüchtlinge“ stigmatisiert und rechtlich ausgegrenzt werden. Wir sehen wie die Kriege der 1990er Jahre und der Kosovokrieg, wie die Entwicklungen nach dem Zerfall Jugoslawiens, wie rassistische Verfolgung und Ausgrenzung zu einer Situation geführt haben, in der Roma in den ex-jugoslawischen Ländern keine Zukunft mehr haben. Ein wichtiger Film in einer Zeit, in der die Diskriminierung von Roma durch das Erstarken nationalistischer und völkischer Bewegungen in Europa und durch die Abschottung innerhalb der EU noch weiter zuzunehmen droht.

## Von der religiösen Stigmatisierung zum Anti-Roma-Rassismus. Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus

Zum Abschluss der Ausstellung veranstaltet die vhs Celle, am 13. März, 18.30 Uhr, eine Vortragveranstaltung mit Tobias Neuburger zu Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus.

Bereits im ausgehenden Spätmittelalter, an der Schwelle zur frühbürgerlichen Gesellschaft bildete sich der Antiziganismus, das Ressentiment gegen Sinti, Roma und andere als „Zigeuner“ stigmatisierte Bevölkerungsgruppen aus. Damit verweist der Antiziganismus zwar einerseits auf eine jahrhundertelange Geschichte, doch dies sollte andererseits nicht dazu verleiten diesen als ahistorischen oder „ewigen“ Hass zu begreifen. Die antiziganistischen Semantiken waren im Verlauf der Geschichte ebenso vielfältigen Metamorphosen und Wandlungen unterworfen. Der Vortrag versucht einige dieser Transformationen zu identifizieren und bietet auf diese Weise eine Einführung in die Geschichte des Antiziganismus.

Tobias Neuburger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Modellprojekt „Kompetent gegen Antiziganismus – in Geschichte und Gegenwart“ der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und promoviert an der Universität Innsbruck mit einer Arbeit über die populärkulturelle Inszenierung des Antiziganismus um 1900.

## Von Niedersachsen nach Auschwitz

Die Gedenkstätte Bergen-Belsen zeigt vom 4. bis zum 18. März 2018 die aktualisierte und erweiterte Wander-Ausstellung „Von Niedersachsen nach Auschwitz. Die Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus“, die erstmals im Jahr 2003 im Niedersächsischen Landtag gezeigt wurde. Anfang März 1943 wurden aus Niedersachsen 700 Sinti und Roma nach Auschwitz-Birkenau verschleppt. Wer nicht in den Gaskammern ermordet wurde, musste Zwangsarbeit leisten. Während Frauen in das KZ Ravensbrück kamen, brachte die SS Fast alle überlebenden männlichen Häftlinge in das KZ Mittelbau-Dora. Nach dessen Räumung kamen sie Anfang April 1945 in das KZ Bergen-Belsen.

## Zur aktuelle Situation von Roma in den Westbalkanstaaten

In Deutschland gelten die sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien als sog. sichere Herkunftsstaaten. Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern werden als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Es wird seitens der Behörden vermutet, dass die Menschen unverfolgt eingereist sind.

**Seitdem werden die neu Ankommenden auch nicht mehr auf die Städte und Gemeinden verteilt, sondern bleiben in Niedersachsen in den Landesaufnahmestellen, zum Beispiel in Celle an der Hohen Wende. Da sie dort nur ein Taschengeld bekommen, ist es ihnen unmöglich, sich Rechtsanwält\*innen zu nehmen. Die Konsequenz ist über kurz oder lang: Abschiebung oder „freiwillige Ausreise“.**

Strukturelle Diskriminierung, rassistische Gewalt und ein flächendeckender Antiziganismus bestimmen noch heute die Lebensrealität von Roma in den Westbalkanstaaten. [...] Dies äußert sich in massiven Einschränkungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Schulsystem und zur Gesundheitsversorgung. Viele Menschen leben im Elend, ihr Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung ist erschwert oder unmöglich. In manchen Regionen des Kosovo liegt die Arbeitslosenquote unter Roma bei über 90 %.

Im politischen und gesellschaftlichen Diskurs wird die Zuwanderung von Roma aus dem Westbalkan nicht als Indikator für diskriminierende und teilweise lebensbedrohliche Umstände angesehen, vielmehr wird die wirtschaftliche Lage in den Ländern als alleiniger Grund für die Flucht angegeben. Der im Herbst 2015 erzielte „Asylkompromiss“ versprach, dass sich „der Bund [...] aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, insbesondere der Roma, im Westbalkan einsetzen“ wird. Er blieb bisher allerdings weitgehend folgenlos.

Ungeachtet dessen lag die Anerkennungsquote von Menschen aus den Balkanländern Mitte 2015 in Deutschland bei nahezu null Prozent. Zum Vergleich: In der Schweiz erhielten 2015 knapp 41 % der Geflüchteten aus dem Kosovo nach Prüfung der Asylgründe einen Schutzstatus.

Für Empörung sorgen wiederholte unangekündigte Massenabschiebungen aus Niedersachsen in den Kosovo. Unter diesen Menschen befinden sich dann auch langjährig geduldete Menschen sowie bereits jahrzehntelang hier lebende Kinder und Jugendliche, die den Kosovo nur aus Erzählungen der Eltern kennen.



Quelle: Mal ehrlich! Flucht und Asyl in Niedersachsen, hg. von Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen und Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., S. 14-15.

<http://fluechtlingsforschung.net/roma-aus-dem-westlichen-balkan-ursachen-ihrer-flucht/>

## Lifeline: Seenotrettung im Mittelmeer

Die europäische Staatengemeinschaft schließt die Außengrenzen um Europa systematisch. Das ist der politische Versuch, die Migrationsbewegung zu kontrollieren und letztlich zu verhindern. Dabei wird von einer solchen Politik das Auge demgegenüber verschlossen, dass die Fluchtursachen in den allermeisten Fällen untrennlich verbunden sind mit europäischer Kolonialgeschichte, deren Folgen von globaler sozialer Ungleichheit heute wie damals stets ähnlich geblieben sind. Auch aktuelle Wirtschaftsinteressen- und geschehnisse, sowie der von hier ausgehenden und verursachten Zerstörung der Umwelt, tragen in enormen Teilen dazu bei, dass sich Menschen in ihrer Lage dazu gezwungen sehen, sich auf die Flucht vor Hunger, Armut, Krieg usw. zu machen. Ebenfalls wird mit der durchgesetzten Grenz- und Migrationspolitik das Auge demgegenüber verschlossen, was eigentlich europäische Grundwerte sein sollen: die Freiheit und Gleichheit von Menschen, sowie die humanistische Wahrung der Menschenrechte.

Doch es gibt keine legalen und keine sicheren Einwanderungswege in die EU. Für solche Wege und Möglichkeiten zu sorgen, wäre eine Option, um Menschen ihr Recht auf Asyl zu gewährleisten. Doch stattdessen rüstete Europa die Grenzen massiv auf und machte so alle Wege für Asylsuchende zu. Die komplette Schließung der Landfluchtstruten in den letzten Jahren führte dazu, dass die gefährliche und oft tödliche Flucht über das Mittelmeer zum Zwangsweg für Schutzsuchende wurde.

Seit dem Jahr 2000 sind mindestens 30.000 Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer ertrunken. Im Jahr 2016 waren es mindestens 5.000 Menschen, die ihr Leben dort verloren haben. So viele Tote innerhalb eines Jahres, wie nie zuvor. 181.000 Menschen gelang die Flucht über das Meer – nur, weil sie gerettet wurden. Bis Anfang November 2017 sind laut der Internationalen Organisation für Migration fast 3000 Menschen ertrunken.

Seit dem 31.10.2014 gibt es seitens der EU kein Militärschiff, welches Seenotrettungen als primäre Aufgabe hat. Stattdessen kooperiert Europa mit der sogenannten libyschen Küstenwache. So wurde und wird die libysche Küstenwache von europäischem Militär u.a. dazu ausgebildet und ausgestattet, flüchtende Menschen bereits im Küstengewässer oder auf hoher See abzufangen, zurück nach Libyen zu bringen und sie so an ihrer Flucht nach Europa zu hindern. Dort werden sie unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt. Folter, Vergewaltigungen und sogar Mord sind gängige Praxen in diesen Lagern.

Und während die Lage vor Ort für flüchtende Menschen immer gefährlicher wird, wird den zivilen Rettungsorganisationen vorgeworfen, dass sie Schuld an den hohen Flüchtlendenzahlen hätten – aufgrund ihrer Präsenz vor Ort.



In der Veranstaltung am (DATUM?) wird es zu Beginn eine kurze Einführung in die europäischen Migrations- und Grenzpolitik geben. Dabei wird im Besonderen auf die Situation im Mittelmeer eingegangen. Diesbezüglich werden die rechtlichen Rahmen, in denen sich die Szenarien dort ereignen, erläutert. Auch wird darin die Position der libyschen Küstenwache eingeordnet.

Kern der Veranstaltung wird der Erfahrungsbericht von einem festen Crew-Mitglied der Lifeline, vorher „Seawatch 2“ sein. Dies ist das Schiff der jungen, zivilen Seenotrettungsorganisation Mission Lifeline. Seit September 2017 haben die Crews dieser Missionen bereits 549 Menschen auf hoher See das Leben retten können.

Sören Moje ist seit Juli 2017 ist er Schiffsmaschinist an Bord der Lifeline und fuhr bei den Rettungsmissionen mit. Er wird bei dieser Veranstaltung hauptsächlich von den eindrucksvollen Erlebnissen dieser Missionen berichten und dabei neben den unter extremen Umständen geglückten Rettungen, bspw. auch von der Begegnung mit der libyschen Küstenwache erzählen.

Mittwoch, 28. März, 19 Uhr

Kunst & Bühne, Nordwall 46

Veranst.: Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen

## Rückkehrer werden als Gegner betrachtet

Rund 250 Interessierte informierten sich Ende vergangenen Jahres im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Flüchtlingsrats Niedersachsen in Zusammenarbeit mit lokalen Kooperationspartner\*innen in Göttingen, Hannover, **Celle** und Lüneburg über die Lage der Menschenrechte und die aktuelle Sicherheitslage in Afghanistan. Dafür konnte die Afghanistan-Expertin Friederike Stahlmann vom Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung Halle (Saale), die unter anderem als Gutachterin für britische und deutsche Gerichte in Asylverfahren tätig ist, gewonnen werden, die eindrücklich die Lage im Land beschrieb.



Stahlmann wies darauf hin, dass die Vereinten Nationen vor kurzem in einer Neubewertung der Lage in Afghanistan zu dem Schluss gekommen seien, dass im ganzen Land Krieg herrsche. Nach Stahlmanns Worten kontrolliert die afghanische Regierung derzeit nur 18 % des Territoriums. Die ständigen Machtwechsel auf lokaler und regionaler Ebene führten zu

einer landesweiten großen Unsicherheit. Anschläge auf Schulen, Märkte und Krankenhäuser veränderten das alltägliche Leben. Die Ängste wüchsen. Das Misstrauen sei teilweise so groß, dass niemand mehr bei einem Autounfall helfen möge, weil nicht sicher sei, dass es sich nicht tatsächlich nur um eine Vortäuschung eines Unfalls handle, sondern vielmehr um einen Angriff.

Die Referentin machte deutlich, was es heißen würde, jetzt von Deutschland nach Afghanistan zurückkehren zu müssen. Ein sicheres Leben sei nicht möglich. Es entstünden schon jetzt Rückkehrer-Schutzräume – vergleichbar mit Schutzhäusern bei uns –, die nach der Rückkehr die einzig sicheren Orte wären. Dort verharrten Rückkehrende, bis ihnen die erneute Flucht möglich werde. Stahlmann machte deutlich, dass es in Afghanistan unmöglich sei, anonym zu leben. Selbst bei privaten



Problemen sei ein Untertauchen quasi unmöglich. Vor dem Hintergrund der aktuell breit in der Öffentlichkeit diskutierten Rückführungen aus Deutschland nach Afghanistan machte Stahlmann deutlich, dass die Abgeschobenen derzeit als schwere Straftäter bis hin zu Vergewaltigern stigmatisiert würden und schon von daher eine Reintegration vor Ort faktisch nicht möglich sei. Die aufgeheizte Presseberichterstattung in Deutschland habe sich auch in afghanischen Medien wiedergefunden. Zudem würden Rückkehrer von den Taliban sofort als Gegner betrachtet werden, da schon allein ihre Flucht in den Augen der Taliban ihre Gegnerschaft zum Ausdruck bringe. Stahlmann machte deutlich, dass die Rückkehrer dadurch gleichzeitig auch ihre eigenen Familien gefährdeten, wenn sie sich bei ihnen länger aufhielten. Die Rückkehrer wären somit auf sich allein gestellt und könnten sich nicht auf ein familiäres Netz stützen.

Eine große Gefahr bestehe bei Rückkehrern vor der organisierten Kriminalität. Entführungen seien an der Tagesordnung. Gerade bei Rückkehrern aus dem Westen habe man die Vorstellung, dass diese zu Geld gekommen seien oder jedenfalls Freund\*innen im Westen hätten, die wohlhabend seien. Somit sei das Entführungsrisiko deutlich erhöht. Auch seien die Rückkehrer bei den letzten Abschiebeflügen nach dem Ankommen gefilmt und fotografiert worden, sodass sie leicht identifizierbar seien. Die Afghan Local Police sei keine Polizei im deutschen Sinne und könne keine Sicherheit bieten. Ganz Afghanistan befinde sich in Strukturen von gegenseitigen persönlichen Abhängigkeiten. Vor diesem Hintergrund sei auch der Zugang zu Wohnraum extrem erschwert bis unmöglich.

Vor dem Hintergrund der hunderttausenden aus den Nachbarländern Pakistan und Iran zurückgeschickten Afghan\*innen sei auch die Versorgungslage im Land noch schwieriger als zuvor. Nach Abzug der ISAF-Truppen sei die Wirtschaft zusammengebrochen. Wer überhaupt keine Chance habe, seien Rückkehrer aus Deutschland, die zuvor nur in Iran gelebt hätten und Afghanistan nicht kennen würden. Sie würden schon wegen ihrer anderen Sprache vor Ort auffallen, da sich farsi und dari deutlich unterscheiden und auch die regionalen Dialekte sofort

wiedererkannt werden. Insgesamt seien auch die von der Bundesregierung einer Rückkehr zugrunde gelegten Überlebenschancen in den großen Städten kaum vorhanden. Generell gebe es eine extreme Land-Stadt-Bewegung, die durch die Rückkehrenden aus den Nachbarländern noch verstärkt worden sei. Sogenannte inländische Fluchtalternativen, die nach Lesart des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie einigen deutschen Verwaltungsgerichten zugänglich sind, seien laut Stahlmann nicht vorhanden. In ihrer Verzweiflung und Aussichtslosigkeit würden etliche Rückkehrer Afghanistan Richtung Iran verlassen, wo ihnen keine andere Wahl bliebe, als in der iranischen Armee Dienst zu tun. Es könnte also passieren, dass sie als afghanische Söldner in den Bürgerkrieg nach Syrien geschickt werden, da es der iranische Staat es ihnen als einzige Möglichkeit zum Bleiben anbietet.

Hintergründe zur Expertise von Friederike Stahlmann können in zwei aktuellen Beiträgen im Asylmagazin 3/2017 zur humanitären Lage von Rückkehrenden nach Afghanistan und ihren Chancen auf familiäre Unterstützung sowie zu Bedrohungen im sozialen Alltag Afghanistans nachgelesen werden.

Hintergrund:

Deutschland hat im Oktober 2016 mit Sammelabschiebungen nach Afghanistan begonnen. Seither sind 159 Menschen dorthin abgeschoben worden, zuletzt am 06. Dezember. Das Land Niedersachsen beteiligt sich bisher nicht an diesen Abschiebungen. Allerdings sind nach Auskunft der Landesregierung auch aus Niedersachsen 2016 zwei strafrechtlich verurteilte Personen nach Afghanistan abgeschoben worden (sh. Landtagsdrucksache 17/7350, Seite 75). Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hält Abschiebungen nach Afghanistan ausweislich der aktuellen Sicherheits- und Menschenrechtssituation für nicht vertretbar und sieht in ihnen einen Verstoß gegen flüchtlingsrechtliche Verpflichtungen. Er wendet sich generell gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete.

Flüchtlingsrat Niedersachsen-Bremen



## Neue Preise im Bomann-Museum

Ab dem neuen Jahr gelten in den Museen am Schlossplatz veränderte Eintrittspreise.

Ab ersten Januar ist die Eintrittskarte (Erwachsene: 8,00 EUR, ermäßigt 5,00 EUR) ab dem Tag des Erwerbs für einen ganzen Monat gültig und kann auch übertragen werden. Außerdem gilt der ermäßigte Gruppeneintrittspreis (5,00 EUR) bereits ab fünf Personen anstatt bisher ab 15 Personen. Weiterhin gilt für Studierende und Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger ermäßigter Eintritt. Freien Eintritt erhalten Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre sowie Schülerinnen und Schüler und Auszubildende über 18 Jahre.

Neu und interessant: Die Gültigkeit des Tickets beträgt einen Monat und es ist übertragbar.

Ein Sondereintritt wird gewährt, wenn nur eine der Sonderausstellungen besucht wird.

Eintrittspreise für das Bomann-Museum gelten auch für das Residenzmuseum; eine Kombikarte für beide Museen kostet 12,00 EUR bzw. ermäßigt 8,00 EUR.

Freier Eintritt wird grundsätzlich für alle Personen unter 18 Jahre gewährt wie auch Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende über 18 Jahre.

**Und endlich wieder: Am Samstag ist der Eintritt ab 13 Uhr grundsätzlich frei.**



Voraussichtlich noch bis zum 24. März ist im Gemeindehaus der Neuenhäuser Kirchengemeinde die Ausstellung „Menschen auf der Flucht“ zu sehen. Die in der Kooperation zwischen Amnesty International und der Foto-

agentur Magnum entstandene Ausstellung besteht aus 31 Fotos im A3-Format und zeigt Menschen auf der Flucht im Zeitraum von 1948 bis heute. Dabei handelt es sich um eindrucksvolle Bilder aus allen Teilen der Welt, von Syrien, Irak und Libyen über Vietnam, Hongkong und Russland bis hin zur Türkei, Griechenland, Österreich und Frankreich. Die Fotos zeigen Momentaufnahmen der Flucht, aber auch, wie diese zum neuen Lebensalltag wird und Notlösungen zum Dauerzustand werden. Durch die unterschiedlichen Zeitpunkte und auch Orte der Motive zeigt die Ausstellung, dass Flucht seit 70 Jahren ein gegenwärtiges Thema darstellt und sich die Gegebenheiten in den letzten sieben Jahrzehnten global gesehen kaum geändert haben. Die Ausstellung ist anzusehen dienstags, 14.30-16.30 Uhr, und donnerstags, 9.30-11.30 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Zu Gast im Kino achteinhalb die Regisseurin Irene von Alberti

## Der lange Sommer der Theorie

Gibt es eine neue Idee oder eine neue Utopie für das Politische? Kurioserweise wird diese Frage aktuell sogar an die Sondierungsgespräche im Nachklapp der Bundestagswahl gestellt. Wobei doch niemand ernsthaft darauf eine Antwort aus dem Reichstag erwarten dürfte. Aber die Frage steht im Raum. Und – eher ungewöhnlich für den deutschen Film – widmet sich die Regisseurin Irene von Alberti in ihrer neuen Arbeit „Der lange Sommer der Theorie“ genau dieser Frage. Am Dienstag, den 27. Februar, zeigt das Kino 8 ½ ihren Film – und: Die Regisseurin ist zu Gast.



Kurz die Geschichte: Berlin, Sommer 2016. Im letzten Haus im Niemandsland hinter dem neuen Hauptbahnhof wohnen Nola, Katja und Martina in einer Künstlerinnen-WG. Ihre Zeit ist gezählt, denn bald entsteht hier Eurocapacity. Die drei jungen Frauen leben auch sonst prekär. Katja ist Schauspielerin und hadert mit ihren Rollen. Martina ist Fotografin, die keine Lust auf die Schmeicheleien eines Kurators hat und sich lieber mit ihrer Band auf der Bühne die Seele aus dem Leib schreit. Nola macht einen Film, bei dem sie Soziolog\*innen, Historiker\*innen, Kulturschaffende und Theoretiker\*innen interviewt. Ihr geht es um Theorie und wie man sie heute nutzbar machen kann. Im mit Sätzen bedrucktem Hosenanzug läuft sie durch den Film zu ihren GesprächspartnernInnen, vorbei an den letzten Baustellen Berlins, durch eine Stadt, die schon verkauft scheint. Es geht um Feminismus, den öffentlichen Raum, Gentrifizierung, Theorie und Praxis.

*Was war der Auslöser diesen Film zu machen?*

Irene von Alberti: Am Anfang stand das sehr vage und mulmige Gefühl, dass es – allgemein und pauschal gesprochen – mit dem Frieden bald vorbei sein könnte. Ich habe gemerkt, dass es dabei nicht nur mir so geht. Viele Leute aus meinem Umfeld dachten zunehmend über politische Positionen nach und darüber, dass angesichts der erstarkenden Rechten politisches Handeln noch wichtiger geworden ist. Politisches Handeln bedeutet aber eben nicht nur auf den "richtigen" Demos zu sein,

Petitionen mit den "richtigen"Themen zu unterstützen oder seine Meinungen zu äußern. Stattdessen muss dem Handeln auch immer ein Denken vorausgehen – das Denken über die Frage: Gibt es eine neue Idee oder eine neue Utopie für das Politische? Diese Frage war der Auslöser für das Drehbuch.

*Im Film sagt Nola, dass sie gar keine Antworten erwartet, sondern erst einmal eine Bestandsaufnahme machen möchte.*

Man hat das Gefühl – wie nach einem langen unbeschwerten Sommer – dass ganz weit hinten am Horizont Wolken aufziehen. Deshalb habe ich den Film in eine Künstlerinnen-WG gelegt, die sich aus ihrer relativ unbeschwerten Situation heraus genau diese Fragen stellen und genau dieses Gefühl besprechen – mit undogmatischer Leichtigkeit und immer in dem Bewusstsein, mit der Beantwortungsunmöglichkeit der Fragen auch straukeln zu können.

*Woher kommt der Filmtitel?*

Der Titel meines Films entstammt dem Buch "Der lange Sommer der Theorie" von Philipp Felsch. Er beschreibt darin die geistige Grundlage der letzten großen gesellschaftlichen Revolte in den 1960er und 70er Jahren und dass Theorie damals wirklich konstruktiv geholfen hat, neue gesellschaftliche Utopien zu kreieren. Mich hat die Frage beschäftigt, wie das heute ist, ob Theorie heute noch so etwas leisten kann. Mein romantisches Bild von der Gruppe im Kollektiv lesender Menschen im Park musste ich ironisch ankratzen, weil man heute viel mehr Texte, Meinungen und Strömungen hat, die ein kollektives Denken verunmöglichen. Ich habe Philipp Felsch getroffen und ihm ein paar Fragen gestellt und dachte es wäre schön, wenn er auch im Film auftritt. So kam die Idee zu dem Konzept, dass eine der drei Frauen im Film Interviews mit Personen führt zu Fragen, die sie sich gerade gesellschaftlich und politisch stellen.



Die Fragen stellte Inga Behnsen.

Der von Irene von Alberti produzierte Spielfilm "Der Hauptmann" (Kinostart: 15. März 2018) befindet sich in der Vorauswahl zum Deutschen Filmpreis am 27. April in Berlin. Die von ihr produzierten Filme "Der traumhafte Weg" und "Streetscapes [Dialogue]" sind für den Preis der deutschen Filmkritik am 19. Februar 2018 nominiert.

## Veranstaltungen zu aktuellen Fragen

### Free Lunch Society

#### Komm Komm Grundeinkommen

Wie könnte eine Gesellschaft mit Bedingungslosem Grundeinkommen funktionieren? Würden wir ohne die tägliche Verrichtung einer Erwerbsarbeit faul vor dem Fernseher verkümmern oder würden wir, frei von zeitraubenden Zwängen, ganz neue kreative und gemeinnützige Energien entwickeln? In der Dokumentation „Free Lunch Society“ beschäftigt sich Filmemacher **Christian Tod** mit den Möglichkeiten und Hintergründen des Bedingungslosen Grundeinkommens, das vor wenigen Jahren noch als völlige Utopie galt, inzwischen aber immer mehr Fürsprecher gewinnt.

Das Kino 8 1/2 zeigt den Film zu seinem bundesweiten Start.

Donnerstag, 01.02.2018, 19.30 Uhr, Eintritt frei.



#### Die Globalisierung unserer Ernährung - am Beispiel Monsanto

Kontrollieren bald drei Konzerne 2/3 des weltweiten Saatgutmarktes und mehr als 70 Prozent der weltweit gehandelten Pestizide? Die Übernahme des US-Gentechnikriesen Monsanto durch die Bayer-AG ist nur eine der großen Megafusionen des Jahres 2017. Diese zunehmende Konzentration wirft Fragen auf: Wie groß dürfen Konzerne werden? Warum stoppen die Kontrollbehörden diese Fusionen nicht? Was verändert sich an der Situation der Landwirte? Welche Auswirkungen auf die Umwelt sind zu erwarten? Und schließlich: Welchen Einfluss hat dies auf die Saatgutvielfalt und die Ernährungssicherheit?

**Thomas Dürmeier** promovierte als Volkswirt zur politischen Macht von Konzernen in der Internationalen Politik an der Universität Kassel.

Eine Kooperationsveranstaltung von attac mit der vhs.

Dienstag, 13.02.2018, 18.30 Uhr, vhs Celle, Trift 20, Saal, gebührenfrei



### Imperiale Lebensweise

#### Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus

Immer mehr Menschen - im globalen Norden und zunehmend auch im globalen Süden - machen sich eine imperiale Lebensweise zu eigen. Sie bedienen sich an den ökologischen und sozialen Ressourcen andernorts, um sich selbst einen hohen Lebensstandard zu sichern. Appelle an einen »grünen Konsum« oder Strategien einer »grünen Ökonomie« ändern daran nichts. Viel grundlegendere Veränderungen sind nötig. Markus Wissen analysiert die Ursachen der imperialen Lebensweise, beleuchtet ihre zerstörerischen Wirkungen und zeigt Wege zu ihrer Überwindung auf.

**Markus Wissen** hat an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin die Professur für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt sozial-ökologische Transformationsprozesse inne. Gemeinsam mit Ulrich Brand veröffentlichte er ein Buch zum Thema des Vortrags.

Eine Kooperationsveranstaltung von vhs Celle und Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen.

Mittwoch, 21.02.2018, 18.30 Uhr, vhs Celle, Trift 20, Saal, Kurs-Nr. CE1232, gebührenfrei

#### Der Flirt mit dem Untergang

##### Die Ideengeber der Neuen Rechten

Was eigentlich wollen die "Rechtspopulisten"? Die Neue Rechte inszeniert sich als deren intellektueller Ideengeber und versucht über "Pegida", die Identitäre Bewegung und in und durch die AfD Einfluss auf die öffentliche Debatte zu nehmen. Ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen beziehen sie dabei meist auf Autoren der "konservativen Revolution" - eine Gruppe, die in der Weimarer Republik den Kampf gegen die Demokratie führte. Was bedeutet es, sich heute auf Autoren wie Carl Schmitt, Ernst Jünger oder Martin Heidegger zu beziehen? Welches Geschichtsbild wird damit vermittelt und was sagt das aus über die Methoden und die Ziele dieser "neuen Rechten"?

Referent ist **Enno Stünkel**, Programmbereichsleiter Politische Bildung an der vhs Celle

Mittwoch, 14.03.2018, 19.00 Uhr, vhs Celle, Trift 17, Raum 3, gebührenfrei - Kurs-Nr. CE1233

## Bücher – Bücher – Bücher – Bücher – Bücher

Der Bücherverleih in Bibliotheken ist ein lange bestehendes und gut funktionierendes Modell von Sharing Economy. Unsere Stadtbibliothek ist zwar wegen der Kürzungsmaßnahmen der vergangenen Jahre nicht mehr ganz so gut „sortiert“. Trotzdem finden sich viele Titel, die auch für unsere Leser\*innen von Interesse sein können. Wir unternehmen deshalb mal den Versuch, über einige Kurzbesprechungen euer Interesse zu wecken. - Bei der Wertung gibt es bis zu sechs Sterne, angegeben ist jeweils auch der aktuelle bzw. für später vorgesehene Standort.



**Virginie Despentes: Das Leben des Vernon Subutex. Roman – Kiepenheuer&Witsch, Köln 2017, 400 Seiten, 22,00 EUR**

Die Digitalisierung der Welt hat Vernon Subutex um seinen Lebensunterhalt gebracht, sein Plattenladen in Paris ist zu und schnell verliert er auch Arbeitslosengeldansprüche und seine Wohnung. So versucht er, mit Notlügen bei alten Bekannten Unterschlupf zu finden. Virginie Despentes führt die Leser\*innen so durch unterschiedliche gesellschaftliche Milieus mit ihren jeweiligen Obsessionen, Drogen und Leidenschaften zwischen Dekadenz und Depression. Leider bleibt die Zeichnung mancher Figuren oberflächlich oder in der Zuspitzung ungläubig.

Wertung: \*\*\* - S Desp / aktuell: Bestseller Romane

**Zoë Beck: Die Lieferantin. Thriller. - suhrkamp taschenbuch, Berlin 2017, 324 Seiten, 14,95 EUR**

Im London einer nahen Zukunft steht die Abstimmung über

den „Druxit“ bevor. Eine rechtskonservative Regierung will Großbritannien drogenfrei machen. „Die Lieferantin“ ist Teil der Gegenbewegung. Sie verkauft reine Drogen zu fairen Preisen und liefert mit Drohnen, die nebenbei aber auch die Kund\*innen filmen. Den marktbeherrschenden „Familien“ gefällt das gar nicht – ein Kampf zwischen „Gut“ und „Böse“ beginnt. Beck schreibt szenenorientiert, Geschichte und Plott sind stimmig aufgebaut, wenn auch die Handlungsantriebe der Protagonist\*innen beider Seiten recht eindimensional daherkommen.

Wertung: \*\*\*\* - S Beck / aktuell: Neuerwerbungen (auch ebook online)

**Pankaj Mishra: Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart. - S. Fischer Verlage, Frankfurt a.M. 2017, 416 Seiten. 24,00 EUR.**

Vieles von dem, was heute zum ideologischen Bodensatz des Islamismus gehört, hat Wurzeln in der europäischen Ideengeschichte: Frauenverachtung und Männlichkeitswahn, Rassismus und Ressentiment, Antisemitismus und Autoritarismus. Die davon angefeuerte Gewalt ist – so die These des indisch-britischen Philosophen – seit 300 Jahren auch ein Reflex der überflüssig Gemachten auf die uneingelösten Versprechen der Moderne. Das deutschsprachige Feuilleton reibt sich ein bisschen daran, dass Mishra so gar keine Entwicklung zum Positiven erkennen vermag, sondern konstatiert, dass „die gegenwärtige Ordnung, ob nun demokratisch oder autoritär, auf Zwang und Betrug aufgebaut ist“. Ärgerlich ist, dass sich Mishra so wenig für emanzipative Bewegungen interessiert. So wirkt sein Appell für die „Notwendigkeit eines wahrhaft verändernden Denkens über das Ich und die Welt“ etwas hippiesek, was aber auch nicht das Schlechteste ist.

Wertung: \*\*\* - Pol 75 /aktuell: Bestseller Sachbuch

**Ijoma Mangold: Das deutsche Krokodil. Meine Geschichte - Rowohlt Verlag, Reinbek 2017 , 352 Seiten, 19,95 EUR**

Mangold ist Literaturchef der ZEIT, seinem nigerianischen Vater hat er nicht nur den Vornamen, sondern auch die schwarze Hautfarbe zu verdanken. Nachdem der Vater die als Psychotherapeutin arbeitende Mutter früh verlassen hat, wächst er in Heidelberg auf. Die Lebensgeschichte ist bis hin zur Wiederbegegnung mit dem väterlichen Teil der Familie flott plaudernd erzählt. Dass Rassismus nur ganz am Rand Teil seiner Lebenserfahrung ist, mag überraschen – oder auch nicht. In bestimmten Milieus sei „Geld wichtiger als Rasse“, so Mangolds Erfahrung. So sind am Bemerkenswertesten dann auch seine Beobachtungen zur Hierarchiebildung unter den Schüler\*innen des elitären Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums in den 1980ern und dass und wie der Vermögensstand der Eltern den "Erfolg" der Kinder beeinflusst.

Wertung: \*\*\* - Lit 27 Man / aktuell: Bestseller Sachbuch





I too have a Nuclear Button, but it is a much bigger & more powerful one than his, and my Button works!

**Yanis Varoufakis: Die ganze Geschichte. Meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment. - Verlag Antje Kunstmann, München 2017 , 664 Seiten, 30 Euro**

Nur 162 Tage war Yanis Varoufakis Griechenlands Finanzminister. Die Boulevard-Medien haben bei uns ein Bild von einem Lederjacke tragenden Motorradfahrer hinterlassen, der Deutschland den Stinkefinger gezeigt haben soll. Letzterer kommt nicht einmal am Rande vor in dem Whistleblower-Buch, in dem Varoufakis jetzt seinen Kampf gegen die Troika beschreibt, jenem Verbund aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds, der Griechenland mit einem Austeritätsprogramm in die Knie gezwungen hat. Aus Sicht von Varoufakis vor allem auf Druck von Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble, der - so Varoufakis - mit Griechenland ein Exempel statuieren wollte, um den neoliberalen Kurs auch in anderen verschuldeten europäischen Ländern durchzusetzen (insbesondere auch gegenüber Frankreich). Varoufakis berichtet von der Phase, wo er die Partei Syriza mit ihrem Chef, Alexis Tsipras, auf einen Kurs einschwören wollte, der Griechenland vor allem eine Entschuldung und eine Abschwächung der Austeritätspolitik bringen sollte. Als Syriza dann im Januar 2015 an die Regierung kam und Varoufakis Finanzminister wurde, ging es ihm darum seine Strategie umzusetzen. Dass der Wirtschaftswissenschaftler sich intensiv mit Spieltheorie befasst hat, war seinerzeit auch Thema in den Leitmedien. Und in der Tat geht Varoufakis mit „wenn ... dann“-Überlegungen in die Verhandlungen, wobei er mehr als nur einen Zug weit denkt. Dass er

scheitert hat einerseits mit der absoluten Kompromisslosigkeit der Gegenseite zu tun. Zunehmend aber – so sein Narrativ – verlassen auch Regierungsmitglieder die gemeinsame Linie, schließlich auch der Ministerpräsident Tsipras. Am Ende steht aus Varoufakis Sicht die Kapitulation der linken griechischen Regierung vor den „Institutionen“. Um das zu erzählen bräuchte es aber nicht über 600 Seiten. Das eigentlich spannende an Varoufakis Buch ist der Blick ins Innenleben der europäischen Machtzentren. Und da offenbart sich ein Abgrund aus Ignoranz und Borniertheit auf der einen Seite, Herrschafts- und Elitedenken auf der anderen Seite. Varoufakis kann aus allen Gesprächen, die er geführt hat, zitieren, weil – kaum zu glauben, aber wohl wahr – er fast immer sein Smartphone als Aufnahmegerät nutzte. Klar, er zitiert nur das, was seine Erzählung stützt, d.h. es muss nicht die ganze Geschichte sein, stimmen aber dürfte sein Fazit: „*Ich kann das, was ich unmittelbar miterlebte, nur als einen nackten Klassenkampf beschreiben, der die Armen traf und die herrschende Klasse auf skandalöse Weise begünstigte.*“

Wertung: \*\*\*\*\* - Wi 188 /aktuell: Bestseller Sachbuch





## Kino 8 1/2 im Febr./März

jeweils Freitag  
und Samstag  
um 20.30 Uhr



**02. und 03. Februar**

### Meine schöne innere Sonne

Eine erfolgreiche Künstlerin um die 50 sehnt sich nach einer bedingungs- und kompromisslosen Liebe, die alle Ängste versiegen lässt. In modellhafter Verdichtung beobachtet der Film ihre Versuche, mit einem Banker, einem Schauspieler, einem Artisten und einem Arbeiter Zwänge und Neurosen hinter sich zu lassen, was indes immer wieder scheitert, sodass sie sich verzweifelt einem Wahrsager zuwendet. Ein brillantes Diskurs-Kino im Rückgriff auf Roland Barthes und Niklas Luhmann, dessen Choreografie des Intimen das großartige Schauspieler-Ensemble ebenso wortreich wie humor- und lustvoll entfaltet.

F/Belgien 2017, Kinostart: 14.12.2017, 94 Minuten

**09. und 10. Februar**

### Aus dem Nichts

Eine Frau verliert bei einem Bombenanschlag ihren deutsch-türkischen Mann und ihren Sohn und verfällt in tiefe Depressionen. Die rechtsextremistischen Täter werden vor Gericht gestellt, doch das Verfahren endet mangels Beweisen mit einem Freispruch, was den Glauben der Witwe an den Rechtsstaat zerstört. Der an den NSU-Anschlag 2004 in Köln angelehnte Film wechselt vom Melodram über einen Gerichtsfilm zum Rachethriller, wobei er sich durchgängig auf die Trauernde und ihre Gefühle konzentriert. Zugleich macht er die Wut über die jahrelange Kriminalisierung der Opfer spürbar.

D/F 2017, Kinostart: 23.11.2017, 106 Minuten

**Dienstag, 13. Februar, 19.00**

### 66 Kinos

**Zu Gast: Regisseur Philipp Hartmann**

Dokumentarfilm über deutsche Programmkinos und ihre Betreiber. Während der Kinoauswertung seines Films „Die Zeit vergeht wie ein brüllender Löwe“ (2013) reiste der Filmemacher Philipp Hartmann quer durch die Republik und filmte dabei die Spielstätten und ihre Besitzer für sein Filmmessy. Aus dem Material entstand ein ebenso persönliches wie sentimentales, unterhaltsames wie erhellendes Porträt der Off-Kinolandschaft in Deutschland. Zugleich ist sein

Film eine Hommage an jene Menschen, die diese Form der Kinokultur überhaupt möglich machen.

D 2016, Kinostart: 22. Oktober 2017, 98 Minuten

**16. und 17. Februar**

### Eine bretonische Liebe

Mit französischer Leichtigkeit widmet sich Carine Tradiou einer der großen Fragen des Lebens: Was ist Familie? Erwan hat einen Job, bei dem ihn eigentlich wenig aus der Ruhe bringen darf. Dass seine Tochter schwanger ist und den Vater nicht zu kennen glaubt, macht ihn da schon um einiges nervöser. Als er erfährt, dass sein Vater nicht sein biologischer Erzeuger ist und dass seine aufkeimende Liebe zur patenten Anne chancenlos ist, ist es mit der Coolness allerdings komplett vorbei ... schwungvolle Komödie mit Tiefgang um die „richtige“ und „falsche“ Liebe.

F 2016, Kinostart: 21. Dezember 2017, 100 Minuten

**23. und 24. Februar**

### Loving Vincent

Ein außergewöhnlicher Film über das Leben des legendären niederländischen Malers Vincent van Gogh, der vollständig als Realfilm gedreht wurde. Anschließend wurden alle Bilder per Hand in Öl übermalt, so dass der Film komplett im Stile von van Goghs Werken gehalten ist. - Loving Vincent ist eine animierte, als Kriminalfilm aufgebaute Filmbiografie, die sich mit den Umständen von Vincent van Goghs Tod beschäftigt. Der Film gilt als der erste Animationsfilm in Spielfilmlänge, bei dem Bild für Bild mit realen Personen gedrehte Szenen in Öl nachgemalt wurden. In dem Film erwachen die Bilder von Vincent van Gogh zum Leben, um den Tod ihres Schöpfers zu untersuchen und dabei zugleich seine Lebensgeschichte zu erzählen.

GB 2017, Kinostart: 28. Dezember 2017, 95 Minuten

**Dienstag, 27. Februar, 19.30**

### Der lange Sommer der Theorie

**Zu Gast: Regisseurin Irene von Alberti – s. 30.**

D 2017, Kinostart: 23. November 2017, 84 Minuten

**Donnerstag, 22. März, 19.30 Uhr**

### Das grüne Gold

Am Flughafen von Addis Abeba in Äthiopien kreuzen sich die Wege von tonnenweise Nahrungsgütern: Notversorgungspakete erreichen das von Hunger geplagte Land, während Exporte in den Westen es verlassen. In sechs Jahren Recherche legt Joakim Demmer die Mechanismen eines modernen Kolonialisierungsprozesses frei: Um wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen, setzt die äthiopische Regierung auf den Ausverkauf des eigenen Bodens an internationale Investoren und zwingt seine Bevölkerung in die Abhängigkeit. Fehlgeleitete Entwicklungshilfen von UN und Weltbank unterstützen das Land bei der Selbstabschaffung.

Schweden/D/Finnl. 2016, Kinostart: 5.10 2017, 84 Minuten

# Politik, Vorträge & Theater

Di., 30. Januar, 19.00

## **Die Januarstreiks 1918: Generalprobe für die Novemberrevolution**

Chaja Boebel, IGM Bildungsstätte Berlin

HVHS Hustedt, Eintritt frei

Do., 01. Februar, 19.30

## **Free Lunch Society**

### **Komm Komm Grundeinkommen**

Wie könnte eine Gesellschaft mit bedingungslosem Grundeinkommen funktionieren? Bundesweite Premiere des 94-minütigen Dokumentarfilms

Kino achteinhalb, Eintritt frei

So., 04. Februar, 15.00

## **Totengrundgespräch – Arno Schmidt trifft auf Frank Zappa**

Szenische Lesung mit Bernd Rauschenbach, Arno-Schmidt-Stiftung, und Thomas Wenzel, Schlosstheater

Rahmenprogramm zur Ausstellung RWLE Möller - Künstler 1952-2001

Bomann Museum, Museumseintritt

Di., 06. Februar, 20.00

## **Luther und der Buchdruck**

Referent: Dr. Thomas Kaufmann, Lehrstuhlinhaber für Kirchengeschichte an der Uni Göttingen

Oberlandesgericht Celle, VVK 5,00

Di., 13. Februar, 18.30

## **Globalisierung des Ernährungssystems – am Beispiel Monsanto**

Referent: Dr. Thomas Dürmeier

Veranst.: attac Celle, vhs Celle, Saal, gebührenfrei

Mi., 14. Februar, 19.00

## **ANGEPRANGERT! Mit einem Erotik-Slam als Valentins-Special**

Kunst & Bühne, 7,00

Mi., 21. Februar, 18.30

## **Imperiale Lebensweise**

Referent: Markus Wissen

mehr auf S. 31

VHS Celle, Trift 20, Saal, Eintritt frei

Fr., 23. Februar, 19.00

## **Ausstellungseröffnung**

Zur Situation abgeschobener Roma in den Westbalkanstaaten mit dem Film

### **The Awakening – in Anwesenheit des Regisseurs Kenan Emin**

VHS Celle, Saal, Eintritt frei

Sa., 24. Februar, 10.30

## **Kennen Sie Celle? Otto Haesler Museum**

Galgenberg 13, Gebühr: 3,00

Anmeldung über Bomann Museum

Sa., 24. Februar, 15.00

## **RWLE Möller aus der Sicht von Zeitzeugen mit: Tim Wegener**

Rahmenprogramm zur Ausstellung

Bomann Museum, Eintritt frei

Kino achteinhalb, Eintritt frei

So., 4. März, 11.00

## **Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Deportation deutscher Sinti und Roma nach Auschwitz**

Ansprache: Romeo Franz (Hildegard Lagrenne Stiftung, Berlin) - anschließend Ausstellungseröffnung „Von Niedersachsen nach Auschwitz.“

Gedenkstätte Bergen-Belsen, Forum

Do., 08. März, 19.00

## **Lesung am Weltfrauentag Rosemarie Schilling liest aus dem Buch von Waris Dirie: »Brief an meine Mutter«**

Bomann-Museum, Eintritt frei

Sa., 10. März, 15.00

## **RWLE Möller aus der Sicht von Zeitzeugen mit: Karl Thun**

Bomann Museum, Eintritt frei

Mi., 14. März, 19.00

## **Der Flirt mit dem Untergang - Die Ideengeber der Neuen Rechten**

Referent: Enno Stünkel

vhs Celle, Trift 17, R 3, gebührenfrei

Do., 15. März, 19.00

## **G20 - united we stand**

Film und Diskussion - Bündnis für einen gerechten Welthandel

kino achteinhalb, 5,00

Do., 22. März, 19.30

## **Das grüne Gold**

Dokumentarfilm über die weltweite Spekulation mit Ackerland.

In Kooperation mit :LIST

Kino achteinhalb, Eintritt frei

Do., 22. März, 19.00

## **Chronik aus meiner Straße**

### **Lesung mit Barbara Honigmann**

Synagoge, Eintritt frei

Fr., 23. März, 18.30

## **Von der religiösen Stigmatisierung zum Anti-Roma-Rassismus. Geschichte und Gegenwart des Antiziganismus**

Referent: Tobias Neuburger

VHS Celle, Saal, Eintritt frei

Mi., 28. März, 19.00

## **Lifeline – Seenotrettung im Mittelmeer**

### **Vortrag mit Ysoören Moje**

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Veranst.: Rosa Luxemburg Stiftung

# Konzerte & Partys

Fr., 02. Februar, 20.00

**Lailo Nuevo 17 / The Gypsy Rumberos feat. Melanie Delgado**  
Hof Wietfeldt, 25,00

Fr., 02. Februar, 20.00

**Godewind**  
CD Kaserne, ab 23,00

Fr., 02. Februar, 21.00

**Dub Connection**  
Dub, Drum&Bass, Techno  
Buntes Haus (Café), Eintritt frei

Sa., 03. & So., 04. Februar, 19.00

**Mutz & Blackeyed Banditz**  
Schlosstheater, VVK ab 21,00

Sa., 03. Februar, 20.00

**Bet Williams**  
Café Wichtig, Eintritt frei

Do., 08. Februar, 20.00

**Gregor McEwan**  
MS Loretta

Sa., 10. Februar, 20.00

**Tonspur**  
Big Band der Neuen Jazzinitiative  
Beckmannsaal des KAV-Gymnasiums  
Eintritt: 15,-/10,-/5,-

Sa., 10. Februar, 20.00

**Jam Session**  
CRI – Gelände der CD-Kaserne

Sa., 10. Februar, 20.00

**Janice Harrington**  
Kunst & Bühne, 17,00 / 11,00

Sa., 10. Februar, 22.30

**Cellshock presents: Moving Generation - Drum & Bass | Jungle - u.a. mit STUNNAH, Docta, Rebell**  
CD Kaserne, AK 7,00

Do., 22. Februar, 19.00

**Big Band des KAV mit der NDR Bigband**  
CD-Kaserne, Eintritt: 10,-/5,-

Fr., 23. Februar, 20.00

**The Mysterons**  
MS Loretta

Fr., 23. Februar, 20.00

**Open Stage**  
CRI – Gelände der CD-Kaserne

Sa., 24. Februar, 19.30

**Die lange Nacht der Poesie**  
CDK, VVK ab 28,50

Sa., 24. Februar, 20.00

**Elisabeth Lee & Martin Hauke**  
Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 24. Februar, 20.00

**Holmes & Watson**  
Kaffeegarten Suelze, Eintr.: ???

Di., 27. Februar, 20.00

**Tori Sparks & Javi Garcia**  
Gajah, Schuhstraße

Fr., 02. März, 20.00

**Lennart Axesson**  
Kunst & Bühne  
Eintritt: 15,-/10,-/5,-

Fr., 02. März, 21.00

**Freedom - The Party**  
CD Kaserne, AK 6,00

Fr., 02. März, 21.00

**Dub Connection**  
Buntes Haus (Café), Eintritt frei

Sa., 04. März, 20.00

**Michael Fitz**  
CD Kaserne, ab 23,00

Fr., 09. März, 20.00

**Atlas Bird**  
MS Loretta

Sa., 10. März, 20.00

**Sue Sheehan Band**  
Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 10. März, 20.00

**Onair**  
CD Kaserne, ab 25,20

Sa., 10. März, 20.00

**Jam Session**  
CRI – Gelände der CD-Kaserne

So., 11. März, 19.00

**A Love Electric**  
**Support: Stars & Bars**  
Gasthof Zur Post, Scharnhorst

Do., 15. März, 20.00

**Fischer singt Cohen**  
CD Kaserne, VVK ab 25,00

Fr., 16. März, 20.00

**Herdensingen**  
CD Kaserne, ab 7,00

Mi., 21. März, 20.00

**Coilguns**  
MS Loretta

Sa., 24. März, 20.00

**Zulu (ehem. Shaky Foundation)**  
MS Loretta

Fr., 30. März, 20.00

**Open Stage**  
CRI – Gelände der CD-Kaserne